

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Februar 2002 Nummer 242
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Agrarpolitik

Pachtfrage entscheidend

Bei Pacht und Verkauf ehemals staatseigener Flächen werden in Ostdeutschland kleine und mittlere Betriebe doppelt benachteiligt. Großbetriebe haben nach verbilligter Pacht jetzt auch Vorkaufsrecht. **Seite 2 und 3**

Aktionsprogramm bekräftigt

Auf der Grünen Woche verkündete Ministerin Künast erneut ihr Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft und erklärte auch die Regierung zur Partnerin der Bauern. Einen Entwurf zum Programm legte die Abl vor. **Seite 2 und 7**

Sonderseiten

Grünlandwende

Eine wirkliche Agrarwende muss die Benachteiligung des Grünlands aufheben. Dazu bedarf es mehr als einer Prämie auf **Seite 11 und 14**. Auch die 2 GV-Grenze wird der Praxis nicht gerecht. **Seite 20 und 21**

Grünlandförderung

Grünlandprogramme haben so ihre Tücken: Beispiele aus Süddeutschland. Und was zu tun ist, damit die Verpächter nicht auch noch die Grünlandprämie abschöpfen auf den **Seiten 12 und 13**.

Bewegung

EU-Osterweiterung

Was Europas Bauern zu einer Reise nach Polen bewegt. Ihre Eindrücke, Hoffnungen und Sorgen im Hinblick auf den Beitritt Polens zur EU auf den **Seiten 16 und 17**.

Spalten: ja! Auslauf: nein!

Schweine nach dem Neuland-Programm mit Auslauf zu halten, bekommt Martin Schulz in Niedersachsen nicht genehmigt: zu viel Gestank für die Behörden! Für Vollspalten auf Gülle hingegen gäbe es grünes Licht. **Seite 10**

Weitere Themen:

Modellregionen **Seite 4**, Auf zum EUGH **Seite 5**, Rückschläge **Seite 6**, DBV-Austritt? **Seite 10**, BSE-Ungereimtheiten **Seite 15**, Hanf **Seite 18** und vieles mehr

Bäuerlichkeit sorgt für Vielfalt und Leben auf dem Land.

In der Diskussion um die Landwirtschaft in den neuen Ländern wird häufig vergessen, dass hier 80 % der Betriebe von kleiner oder mittlerer Größe sind. Die Agrarpolitik hat hier bisher vor allem die Förderung der Großstrukturen und der agrarindustriellen Fabriken zum Ziel gehabt. Bäuerliche, mittelständische Strukturen wurden und werden vielfältig benachteiligt. Dabei sind diese Großstrukturen alles andere als ökonomisch stabil, was sich z.B. an dem höheren Anteil der Beihilfen an den Betriebserlösen in Ostdeutschland ablesen lässt. Wenn das jetzige Prämiensystem im

Rahmen der WTO-Verhandlungen und der EU-Osterweiterung überarbeitet wird, so haben gerade die ostdeutschen Großbetriebe viel zu verlieren.

Die AbL hat mit dem federführenden Beitrag zur „Plattform für eine neue Agrarpolitik“ auch eine Perspektive für Ostdeutschland benannt. Arbeit und Umwelt sollen zukünftig in der Landwirtschaft prämiert werden, nicht die Betriebsgröße an sich. Getroffen werden dabei die Subventionsabgreifer unter den Großbetrieben, die bis zu

200.000 DM/AK kassieren, aber nur 50.000 DM oder weniger davon als Lohn weiterreichen. Die Bindung der Beihilfen an Beschäftigte würde für entvölkerte Gebiete in den ländlichen Regionen Vorpommerns oder Brandenburgs eine Perspektive schaffen.

Doch die Lobbyisten agrarindustrieller Komplexe in den ostdeutschen Bundesländern und in der Bundesagrarpolitik stemmen sich gegen jede Reform, auch wenn diese für Ostdeutschland notwendig sind. Jüngstes Beispiel ist die Ablehnung des Vorschlages der

Ministerin Künast zu den männlichen Bullenprämien durch die ostdeutsche Agrarlobby. Getroffen worden wären allein agrarindustrielle Mastanlagen

wie Ferdinandshof, Hohen Wangelin oder Klein-Wanzleben, nicht LPG-Nachfolgebetriebe mit z.B. 1000 Mastbullen.

KOMMENTAR

Der Osten braucht die Wende

Wir brauchen in Ostdeutschland die Agrarwende in höherem Maße als in Westdeutschland. Für Ost wie West muss gelten: Nicht für den Weltmarkt, sondern für regionale Strukturen müssen wir produzieren. Statt dessen werden bis heute aus ideologischen Gründen die Großstrukturen durch ostdeutsche Agrarpolitiker gefördert und von Landesformationen des DBV massiv unterstützt. Hätte es nach der Wende eine annähernde Chancengleichheit zwischen Groß und Klein gegeben, hätten wir heute andere landwirtschaftliche Strukturen.

Wir benötigen kleine und mittlere Strukturen anstelle von Großbetrieben über mehrere Dörfer. Positive Ansätze zum Miteinander von kleineren und größeren Betrieben gibt es schon: Die Erzeugergemeinschaft Biokontakt aus Brandenburg zahlt bis zu angedienten 50 t Druschfrüchten 5 DM/dt zusätzlich aus. Das nützt kleineren Betrieben, ohne größere Betriebe auszugrenzen.

Neuland hat bei der Anhebung der Obergrenzen Bedingungen eingeführt, die kleinere Betriebe schützen und bei größeren Betrieben die Teilnahme an dem Neuland-Programm von der Zahl der Arbeitskräfte abhängig machen. Damit wird dieses Programm auch für ostdeutsche bäuerliche Betriebe interessant.

Initiativen von Bauern sind also vorhanden, jetzt müssen ostdeutsche Agrarpolitiker den Paradigmenwechsel der Bundesebene nachvollziehen. Die AbL könnte sich unter dem Motto in Ostdeutschland „In jedem Dorf ein Bauernhof“ daran beteiligen.

Die Akteure für eine Agrarwende in Ostdeutschland sind vorhanden, oder um es mit Hölderlin zu sagen: „denn in der Not wächst das Rettende auch“!

Jörg Gerke, AbL-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im AbL-Bundesvorstand

Bäuerlichkeit in Wert gesetzt

Als Thema Landwirtschaft plötzlich wieder in den Zeitungen zu finden. Schlagzeilen wie „Agrarwende kommt zum Erliegen“ oder „Agrarwende gescheitert“ verhiessen nichts Gutes. Beim Lesen der Texte wurde jedoch schnell klar, dass die Verfasser davon ausgingen, dass das Hauptziel dieser Agrarwende das Erreichen von 20 % Ökolandbau sei. Nachdem Herr Sonnleitner im Vorfeld der „Grünen Woche“ lautstark verkündet hatte, dass die Bauern überhaupt keine solche Wende

gliederversammlung, dann auf der „Grünen Woche“. Noch nie vorher wurde die bäuerliche Landwirtschaft so in Wert gesetzt. Die bisherigen Landwirtschaftsminister warfen mit Begriffen wie weltmarktfähig, wettbewerbsfähig und zukunftsfähig um sich, aber nie kam ihnen das Wort bäuerlich über die Lippen.

Dieses Aktionsprogramm ist eine Riesenchance für die AbL, aber auch für die bäuerlichen Betriebe, die bis jetzt durch alle Förder- und Prämiennetze gefallen sind. Gleichzeitig ist es eine große Herausforde-



Die Politik entdeckt die Bäuerlichkeit – wenn das kein Grund zur Freude ist!

Foto: Eisenberg

wollten, wurde daraus messerscharf geschlossen, die Sache sei wohl erledigt.

Entscheidende Punkte

Der Grund für solche Fehlschlüsse ist sicherlich in der doch sehr zurückhaltenden Informationspolitik des Bundeslandwirtschaftsministeriums zu suchen. Es kam einfach nicht richtig „rüber“, was denn mit diesem ziemlich allgemeinen Begriff „Agrarwende“ gemeint war. Ein großer Teil der Bauern sieht darin schlicht eine existentielle Bedrohung, was natürlich durch die üble Kampagne stark gefördert wird, die in Teilen der Landwirtschaftspresse mit kräftiger Unterstützung des Bauernverbandes Ende des letzten Jahres hochgefahren wurde. Fehlergriffe, wie z.B. das Artikelgesetz, taten ein übriges, um die kleinen aber wichtigen Schritte im Geschrei und Gejammere der Verbandsvertreter untergehen zu lassen. Sicher, für die Bauern ist konkret noch nichts zu spüren, aber die Änderung der Rahmenbedingungen innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe, die neue Hennenhaltungs-Verordnung sowie das Modulationsgesetz sind entscheidende Markierungspunkte für eine Neuorientierung der Agrarpolitik.

Beinahe sensationell war für mich Frau Künasts Ankündigung eines „Aktionsprogramms Bäuerliche Landwirtschaft“, zunächst in Altenkirchen auf der AbL-Mit-

rung für die AbL, denn hier kommt sehr viel Arbeit auf uns zu, die wir sicherlich nur in Zusammenarbeit mit den verbündeten Gruppierungen und Organisationen im Rahmen einer gesellschaftlichen Diskussion schaffen können. Die Arbeit kann jedoch auf den verschiedensten Ebenen und in den unterschiedlichsten Bereichen stattfinden, da der Begriff „Bäuerlichkeit“ ein vielseitiger und vielschichtiger ist. Ihn mit Leben zu füllen ist deshalb schwierig, aber gleichzeitig sehr interessant.

Zeit nutzen

Mit dem Wichtigsten dabei ist für mich, dass sehr bald schon etwas spürbar Positives für die Bauern dabei herauskommt, damit innerhalb der Bauern endlich konstruktiv diskutiert werden kann. Momentan führt dieses Gefühl der Bedrohung, das unter den Bauern verbreitet wurde, nur dazu, dass aggressiv und wütend nach „der“ Schuldigen gesucht wird und so wertvolle Zeit für die Suche nach Lösungsmöglichkeiten vertan wird.

Auf keinen Fall möchte ich mir irgendwann einmal eingestehen müssen, dass irgendein Kommentator ja so recht hat mit seiner Schlagzeile „Agrarwende gescheitert“!

Elisabeth Waizenegger, Bäuerin und Landesvorsitzende der AbL-Bayern

Was geht uns dies an?“ könnten westdeutsche Bäuerinnen und Bauern bei diesem Thema meinen. Doch die Frage der Landverteilung öffentlicher Flächen in Ostdeutschland betrifft letztlich alle Betriebe in Deutschland. Rund 900.000 ha – ehemals volkseigene Äcker und Wiesen – sind von der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) zu privatisieren, das Meiste ist verpachtet, nach und nach wird verkauft. Die über verbilligte BVVG-Pacht zusätzlich geförderten Großbetriebe in Ostdeutschland konkurrieren nicht nur mit den mittelständischen Strukturen hier im Osten, sondern auch mit der westdeutschen Landwirtschaft. Wenn ein industrieller Bullengroßmastbetrieb in den neuen Ländern aufgrund des hohen Pachtanteils von BVVG-Flächen und der daraus resultierenden zusätzlichen Subventionierung die Schlachtbullen zu Dumpingpreisen anbieten kann, so betrifft das auch den süddeutschen Bullenmäster.

Das Thema erhält jetzt besonderes Gewicht, weil der verbilligte Verkauf von BVVG-Flächen nach dem Entschädigungs- und Ausgleichslastengesetz (EALG) zur Zeit intensiv betrieben wird. Bisherige Pächter der BVVG-Flächen haben Vorrang beim vergünstigten Kauf.

Vorteil der Pachtverbilligung

In Ostdeutschland liegt der Anteil der BVVG-Flächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche im zweistelligen Bereich, in Mecklenburg-Vorpommern sogar bei ca. 30 %. Die Verteilung der Flächen aus diesem Fond nach der Wende hat entscheidend zu den heutigen Großstrukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft beigetragen. Seit 1990 wurden dabei über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren diese Flächen nach Maßgabe der ostdeutschen Bundesländer und besonders nach den Empfehlungen von Pachtvergabekommissionen bei den einzelnen Ämtern für Landwirtschaft verteilt. In den Kommissionen sitzen vor allem Vertreter aus der Großbetriebslandwirtschaft zu DDR-Zeiten, sowie des Bauernverbandes. Der Bauernverband war und ist in Ostdeutschland ein Interessenvertreter der Großbetriebe, wogegen nur wenige der privaten Bauern in Ostdeutschland im Bauernverband organisiert sind. Aufgrund der Zusammensetzung der Pachtvergabekommissionen gibt es also eine Benachteiligung von Wieder- und Neueinrichtern! Für die Pachtvergabe der BVVG-Flächen gab und gibt es keinen nachprüfbaren Kriterienkatalog, keine öffentliche Ausschreibung und keine Einsicht in Entscheidungsunterlagen. Die Flächen sind vorwiegend an LPG-

Junkerland in Bauernhand?

Die Landverteilung in Ostdeutschland durch die Treuhand



Die teilweise monotone Großflächenlandwirtschaft über mehrere Dörfer in Ostdeutschland ist auch bedingt durch die einseitige Verteilung von BVVG-Flächen an Großbetriebe nach 1990! Foto: Schimpf

Nachfolgebetriebe verteilt worden, wobei diese aber mittlerweile mehrheitlich in GmbH, AG oder ähnliche Rechtsformen umgewandelt wurden. Solche Strukturen sind als Investitionsobjekte interessant, weshalb mehr und mehr an die Stelle des ehemaligen landwirtschaftlichen DDR-Führungspersonals westeuropäische Industrielle treten. Die tatsächlichen Profiteure sind Industrielle wie Schockemöhle, Rethmann und die Reste der ehemaligen Mocksel-Gruppe (z.B. Ferdinandshof), die in den neuen Bundesländern quasi verlängerte Werkbänke betreiben. In Krisen sind es deren Betriebe, die zuerst die Produktion beenden. Die Lobbypolitik der ostdeutschen Agrarpolitiker ist also eine gegen die ostdeutschen Interessen.

Tatsächlich werden durch die Verteilung öffentlicher Flächen nur wenige Großbetriebe gefördert, die Masse der Betriebe in Ostdeutschland benachteiligt. Dies liegt vor allem daran, dass die Pachtpreise für BVVG-Flächen subventionierte Preise sind. Man kann von einer Verbilligung von ca. 100-150 DM/ha Jahr bei den BVVG-Flächen ausgehen. Nach aktuellen Mitteilungen der BVVG beträgt das durchschnittliche Pachtniveau für die von ihr verpachteten Flächen in Mecklenburg-Vorpommern 190 DM/ha Jahr. Die Pachtverbilligung erscheint für eine Anschubfinanzierung ostdeutscher Betriebe nach der Wende solange gerechtfertigt, als es sich um überschaubare Größen je Betrieb handelte. Doch ein 3.000 ha Betrieb, der seit der Wende ca. 1.500 ha BVVG-Flächen bewirtschaftet, hat so durch Pachtsubventionen einen Kostenvorteil von 1,65 Millionen DM bekommen!

Ein Schreiben wegen der ausschließlichen Beteiligung des Bauernverbandes bei der Pachtverlängerung von BVVG-Flächen an den Staatssekretär Thalheim beantwortet dieser damit, dass „...in konkurrierenden Fällen, bei denen Mitgliedsbetriebe der AbL beteiligt sind, diese auch gehört werden...“ sollten.

Nichts von einer offenen Ausschreibung oder Problematisierung der Wettbewerbsverzerrung; statt dessen der Vorschlag, das vetternwirtschaftliche System um einen weiteren Akteur zu erweitern. Die AbL wird aber auch in Zukunft auf einem fairen Verfahren bestehen und diese Art der Selbstbereicherung ablehnen. In Kenntnis dieser Missstände bei der Flächenverteilung verbreitet der Staatssekretär im Herbst 2001 öffentlich, dass bei der Verpachtung allein das Betriebskonzept eine Rolle spielt. Dies ist in hohem Maße unseriös und kann als Irreführung der Öffentlichkeit aufgefasst werden.

Fazit

Die AbL setzt sich dafür ein, gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zwischen größeren und kleineren Betrieben zu schaffen. Dafür ist jetzt eine Umverteilung von BVVG-Flächen von größeren auf kleinere Betriebe notwendig. Ansonsten kann der verbilligte Verkauf von BVVG-Flächen den wenigen bei der Pacht bevorzugten Betrieben nochmals Kosten in der Größenordnung von mehr als einer Milliarde DM ersparen.

Die Strukturen vor 1945 mit Großbetrieben werden durch die Verteilung öffentlicher Flächen seit 1990 in ihrer Konzentration noch übertroffen. Die Arbeit der BVVG führt also nicht dazu, Junkerland in Bauernhand zu geben, – im Gegenteil – es entstehen ostelbische industrielle Agrarstrukturen.

Wenn die Bundesregierung an einer Agrarwende auch in Ostdeutschland interessiert ist, so muss sie die Korrektur der Verteilung der BVVG-Flächen gegen die ostdeutschen Lobbyisten und die ostdeutschen Landesbauernverbände anpacken! Jörg Gerke

Wie reagiert die Politik

Nachdem ca. zehn Jahre das Verteilungssystem bei den öffentlichen Flächen in der Diskussion in den neuen Bundesländern trotz der hohen Unzufriedenheit bei der Mehrheit der Betriebe durch die Medienmacht der Landesbauernverbände unter Kontrolle gehalten wurde, hat die AbL-Mecklenburg-Vorpommern seit zwei Jahren die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen. Als Beispiel für das Unter-Verschluss-Halten kann die Berichterstattung der vom Bauernverband betriebenen ostdeutschen Bauernzeitung dienen. Auf einer Pressekonferenz der AbL in Schwerin im Februar 2001 fragte der Chefredakteur der Bauernzeitung detailliert zur Kritik der AbL an der Verteilung von BVVG-Flächen. In der Bauernzeitung findet jedoch eine Auseinandersetzung zu diesem Thema und erst Recht eine Berichterstattung der AbL-Positionen nicht statt. Der Verband scheint die offene Diskussion zu diesem Thema zu scheuen.

Zwei Beispiele:

Mecklenburg:

Betrieb S, Vater und Sohn sind Wiedereinrichter mit 40 ha und wollten 1990 einen Familienbetrieb wiederaufbauen. Mehrere Großbetriebe in der Umgebung erhielten nach der Wende bis zu 1000 ha an BVVG-Flächen zugeteilt, der Betrieb S erhielt keinen BVVG-Fläche und ist heute ein Nebenerwerbsbetrieb, den der Senior allein bewirtschaftet.

Vorpommern:

Betrieb F-W, 33 ha, Wiedereinrichter, auch hier hat der Wiedereinrichter keine BVVG-Flächen nach der Wende erhalten. Dies lag nicht an dem Fehlen von öffentlichen Flächen in diesem Bereich, Großbetriebe über 2.000 ha in dieser Region bewirtschaften bis zu 30 % ihrer Fläche von der BVVG. Der dortige Kreisbauernverbandsvorsitzende hatte schon sehr früh gegen eine Verteilung von BVVG-Flächen an den Betrieb F-W votiert. Dies zeigt die wichtige Rolle des Bauernverbandes bei der Vergabe von BVVG-Flächen.

Fleischer gegen lange Tiertransporte

Lange Transportwege für lebende Tiere lehnt der Deutsche Fleischer-Verband ab, und zwar aus Gründen des Tierschutzes wie auch wegen der negativen Auswirkungen von Stress auf die Fleischqualität. Die Fleischer bezögen traditionell ihr Schlachtvieh von Erzeugern aus der Region. en

Hungern in den USA

Die Anzahl der hungernden US-Bürger in ländlichen Gebieten nimmt weiter zu, obwohl in den USA dieses Jahr Rekordernten bei Sojabohnen und Mais eingefahren wurden. Wie der Nachrichtendienst Reuters berichtet, würden deutlich mehr Menschen bei sozialen Verpflegungseinrichtungen registriert als in den vergangenen Jahren. pm

Tierschutz ins Grundgesetz – Jetzt!

Für den Deutschen Tierschutzbund zeigt das positive Urteil zum Schächten des Bundesverfassungsgerichts die dringende Notwendigkeit dieser langjährigen Forderung. „Die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz bildet zudem eine Voraussetzung dafür, den Schutz der Tiere auch gegen die Ansprüche einer profitorientierten Wirtschaft durchzusetzen“, so der Tierschutzbund in seiner aktuellen Pressemeldung. pm

Europa als Bollwerk



Der kanadische Bauer Percy Schmeiser, bekannt durch seinen Kampf gegen die Firma Monsanto wegen gentechnisch verseuchtem Saatgut, spricht auf der Demonstration der polnischen Umweltorganisation „Grüne Föderation“ vor der Monsanto Niederlassung in Warschau. Foto: Kruszewska

Nordamerikanische Farmer warnen ihre polnischen Kollegen: Gebt Eure schwer errungene Freiheit nicht auf zugunsten der Biotech-Firmen! Nordamerikas Farmer waren die ersten, die 1996 mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen begannen. Inzwischen sind viele Farmer in rechtliche Auseinandersetzungen mit den Gentech-Firmen verstrickt wegen der Einkreuzung gentechnisch veränderter Sorten in ihr Saatgut. Der wohl bekannteste unter ihnen, Percy Schmeiser, reiste nun nach Europa und demonstrierte u.a. für ein Moratorium gegen die Einführung gentechnisch veränderter Organismen in Polen. Abschließend bedankte sich Schmeiser: „Wir schulden den Europäern Dank dafür, dass sie diese zweifelhafte Technologie in Frage gestellt haben und genmanipulierte Lebensmittel zurückweisen. Ansonsten wären genmanipulierte Pflanzen und Lebensmittel schon weit über alle Welt verbreitet“. we

Haftung bei Gentechnik offen

Die Familie Wiley, die auf ihrem Hof in Norddakota (USA), Soja, Mais, und Weizen anbaut, verlor 10.000 \$ an Einnahmen, weil in ihren konventionellen Sojabohnen 1,37% gentechnische Verunreinigung nachgewiesen wurde. Die Wileys selbst haben nie gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, doch die japanischen Abnehmer wollten auch keine nur verunreinigten Sojabohnen.

In der Schweiz wird auf das Problem der Haftung reagiert, in dem im Gesetzentwurf zur Gentechnik die Haftung für Bauern ausgeschlossen wird. Dort sollen ausschließlich die Hersteller der Genprodukte haften, über einen Zeitraum von dreißig Jahren!

In der EU hingegen wird bei Lebens- und Futtermitteln weiterhin auf Grenzwerte gesetzt. Wie Bauern vor dem Gentechnikübertragung aus Nachbarfeldern ihren Kunden und Abnehmer dann die Gentechnikfreiheit garantieren sollen, bleibt unbeantwortet. ms

Den ersten Schritt machen

Einblicke in drei Regionen, nach der Vorauswahl des „Regionen Aktiv“-Wettbewerbs

Im Süden Bayerns ist die kleine Gruppe stark gewachsen, die im Herbst ihre Bewerbung für den Wettbewerb „Regionen aktiv“ eingereicht hat. Der Wettbewerb des Bundesverbraucher- und Landwirtschaftsministerium (BMVEL) steht nun kurz vor der letzten Entscheidungsrunde Ende Februar, bei der die 10 bis 15 Gewinnerregionen ausgewählt werden. Nachdem Sepp Daxenberg und seine Mitstreiter von der bayerischen AbL-Regionalgruppe Chiemgau an die Öffentlichkeit gegangen sind, kommen nun immer neue Projekte und Initiativen in der Region Chiemgau, Rupertiwinkel, Innland dazu. Träger der Bewerbung soll die AbL Chiemgau bleiben, gemeinsame Basis für die weitere Bewerbung wird eine Satzung sein. Landwirtschaft, Handel und die Wirtschaft sollen nach den Ideen der Bayern gemeinsam die ländliche Entwicklung vor Ort vorantreiben. Dabei wird auf Stärkung des ökologischen Landbaus, eine Akademie für regionales und nachhaltiges

über Arbeitskreise, deren Vertreter die „regionale Partnerschaft Elbetal/ Wendland“ bilden. Weitere Vorstellungen werden durch einen Beirat entwickelt. Die Region setzt in ihrer Bewerbung z.B. auf den Anbau und die Verarbeitung von Brenneseln als nachwachsender Rohstoff, auf artgerechte Tierhaltung wie im Neuland-Programm, ökologischen Landbau und erneuerbare Energien. Da die Region strukturschwach ist, gilt es für ihre Erzeugnisse Märkte zu suchen.

Menschen und Märkte

Das sieht im östlichen Ruhrgebiet anders. Im dichtbesiedelten Ballungsraum mit über 1.000 Einwohner je km² fehlt es mehr an Fläche als an Absatzmöglichkeiten. In der Region Kreis Unna, Dortmund, Hamm gibt es wie in den beiden anderen schon viele Projekte, die die Vernetzung zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel fördern: So ein Kartoffelschalbetrieb, der Arbeitsplätze bietet sowie die Wertschöpfung in der Region erhöht oder UNser Brot, mit Getreide aus der Region, verarbeitet in der Region (die Bauernstimme berichtete). Nach Hugo Gödde, von Neuland Westfalen, liegt die Chance des Wettbewerbs darin, dass die regionale Entwicklung als Querschnittsaufgabe gedacht wird. So werden Strukturen geschaffen, die es vereinfachen beispielweise Belange des Naturschutz und der Landwirtschaft zusammenzudenken.

Das Ziel des Wettbewerb ist, Modelle für eine Neuausrichtung in der regionalen Entwicklung zu fördern und ihre Erarbeitung finanziell zu unterstützen. Das erleichtert die Ideen, die in einzelnen Köpfen herumwandern, auszusprechen, Verbündete zu suchen und die ersten Schritte zusammenzugehen. Nun setzen sich hoch motiviert Vertreter verschiedenster Gruppen an einen Tisch. Aus dem vagen Einfall eine Bauern Tagesausflügler auf seinen Hof zu holen, kann etwas entstehen. Denn jetzt sitzen Vertreter der Reisebranche und andere Bauern dabei, das beflügelt den schwierigen Projektstart.

„Auch wenn unsere Bewerbung nicht letzte Hürde des Wettbewerbs nehmen würde“, antwortet Sepp Daxenberg, „bleibt einiges der bisherigen Arbeit bestehen“. Viele Projekte gibt es ja schon länger. Manche, wie ein Projekt zur Tierhomöopathie, könnten dann in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, z.B. bei der Herausgabe ihrer Zeitung. Vorstellbar sei mit den vielen ökologischen Lieferservice eine verbesserte Zusammenarbeit zu organisieren. Aber ohne das Geld des Wettbewerbs können einige Ideen nicht aufgegriffen werden. ms



Der Wettbewerb „Regionen aktiv“ als Markt der Möglichkeiten. Foto: FebL

Wirtschaften, regionale Energien und engere Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft gesetzt.

Breite Zusammenarbeit

Auch im Norden, in der Region Wendland/ Elbetal ist die erste Hürde im Wettbewerb genommen. Die breite Einbindung von Umweltschutzgruppen, Ökoverbänden bis zu Amt und Landvolk begann hier schon in der ersten Planungsphase. Organisiert wird die Ausarbeitung der Ideen

Kulissen schieben statt Pflanzen züchten

Die Züchter eröffnen die neuen politischen Auseinandersetzungen rund um die Nachbaugebühren mit Kungeleien.

Mit allen Beteiligten wolle man sich an Meinen Tisch setzen und zu einvernehmlichen Lösungen kommen – solch sanfte Töne hatte der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) nach seiner Schlappe vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe angestimmt und zum Zeichen gleich noch alle laufenden Gerichtsverfahren gestoppt. Hinter den Kulissen scheint man allerdings mehr daran interessiert zu sein, durch entsprechendes Strippenziehen an den entscheidenden politischen Stellen Fakten zu schaffen, die den Tisch mit allen Beteiligten zu einer seichten Kaffeerunde absacken lassen würden. Der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) liegen Information vor, wonach der BDP dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) Vorschläge dazu gemacht hatte, wie seiner Meinung nach nun reagiert werden sollte. Eine schnelle Änderung des Sortenschutzgesetzes zugunsten der Züchterinteressen würde man gern sehen. Im speziellen hätte man u. a. gern die Verankerung einer allgemeinen Auskunftspflicht analog zum EU-Recht sowie eine Ver-

pflichtung der Bäuerinnen und Bauern zur Abgabe einer Erklärung über die Richtigkeit ihrer Nachbauauskünfte. Neben dem soll die Auskunftspflicht der Aufbereiter präzisiert werden. Man hätte offensichtlich die Angelegenheit gerne schnell in trockenen Tüchern, um bloß keine Zugeständnisse an Bäuerinnen und Bauern machen zu müssen. Zum Glück konnte und wollte man im BMVEL schon aus formalen Gründen den Züchtern – zumindest vorerst – nicht helfen. Aus dem Hause hieß es, eine allgemeine Auskunftspflicht könne nicht in nationales Recht aufgenommen werden, da es nicht in die deutsche Rechtssystematik passe. Außerdem räume das Sortenschutzgesetz mit der Nachbauregelung den Züchtern einen privaten Rechtsanspruch ein, dessen Durchsetzung nicht Sache staatlicher Regelungen ist. Erst einmal – so wird es im Bundesministerium gesehen – soll der EUGH seine Entscheidung zur Problematik fällen. Damit räumt man auch sich selbst eine Schonfrist ein. Irgendwann aber kommt der Zeitpunkt, an dem die Politik Farbe bekennen und eine Entscheidung darüber treffen muss, ob sie



Unter der weihnachtlichen Schneedecke versuchte die STV schnell noch mal Informationen bei Bauern einzuholen. Foto: Schimpf

die mit Einführung der Nachbauregelung vollzogene Machtverschiebung zugunsten der Züchter und zum Nachteil der Bäuerinnen und Bauern manifestieren will oder nicht. Die Pflanzenzüchter lassen derzeit keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen welche negative Konsequenzen – Einsparungen und Einschränkungen bei Zuchtprogrammen, Verstärkung der Hybridzucht – den Bäuerinnen und Bauern drohen, wenn die Kasse für die Nachbaugebühren weniger oder gar nicht mehr klingelt. Von Alternativen oder Kompromisslösungen will dort offensichtlich im Moment niemand etwas hören – beste Voraussetzungen, um sich mit den übrigen Beteiligten des Streites an einen Tisch zu setzen. cs

Justicia ruft nach Europa

Am 21. Februar ist es soweit, um 10.00 Uhr schlagen Europas höchste Richter die Akten in Sachen Nachbaugebühren auf. Das Oberlandesgericht in Frankfurt/Main hatte den Streit um den Auskunftsanspruch, den die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) im Auftrag der Pflanzenzüchter gegenüber den Bäuerinnen und Bauern erhebt, an den EUGH in Luxemburg weitergereicht. Den hessischen Richtern war der europäische Verordnungstext nicht eindeutig genug, um zu einem Urteil kommen zu können. Eindeutig ist mittlerweile die Stellungnahme der Europäischen Kommission, die in einem Papier einen allgemeinen Auskunftsanspruch der Züchter für zu weit reichend halten. Es wird also spannend werden und wer noch Lust und Zeit hat mit nach Luxemburg zu kommen, der kann sich zwecks näherer Info und eventuell gemeinsamer Bahnfahrkarte melden bei: Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, Georg Janßen, ☎ 04131/407757

Auskunftsdruck, Aussetzer, ausgeschalteter Wettbewerb

Neuigkeiten rund um die Nachbaugerichtsentscheide

Die Pflanzenzüchter haben öffentlich erklärt, dass sie keine neuen Klageverfahren auf Auskunft (bei Gebührenprozessen sieht es anders aus) gegen die Landwirte anstrengen werden. Deshalb ruft die Interessengemeinschaft (IGN) dazu auf, der STV jetzt keine Auskünfte mehr zu geben. „Die gesamte Nachbauregelung muss auf den Prüfstand und für die Landwirte verändert werden – darüber muss in Berlin im Beisein unserer Interessengemeinschaft verhandelt werden“, schreibt IGN-Geschäftsführer Georg Janßen als Reaktion auf die vor- und nachweihnachtlichen Briefe der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV). Die Nachbaugebühren-Vollstrecker der Pflanzenzüchter hatten offensichtlich direkt nach der Karlsruher Gerichtsentscheidung noch schnell den Vorstoß unternehmen wollen, so viele Informationen wie möglich von den Bäuerinnen und Bauern einzuholen. Wer so ein Schreiben auf dem Tisch liegen hat und sich nicht sicher ist, wie man reagieren sollte, kann sich Infor-

mationen und ein Musterantwortschreiben bei der IGN einholen.

Ausgesetzt

Das Landgericht in Braunschweig hat sich innerhalb derer, die die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Nachbaugebühren verfolgen, längst einen Namen gemacht als die Instanz, die immer wieder alle Beteiligten verblüfft. Es hatte, anders als viele Landgerichte zuvor, eine allgemeine Auskunftspflicht für national geschützte Sorten verneint und damit den Stein, der schließlich vor dem BGH gelandet ist, ins Rollen gebracht. Andererseits hatte es nach dem BGH-Urteil als einziges Gericht in Deutschland zunächst darauf bestanden, Verfahren, die die Auskunft über EU-geschützte Sorten betreffen, weiter zu verhandeln. So klar wie man nämlich die Auskunftspflicht für national geschützte Sorten ablehnt, erkennt man sie für EU-geschützte Sorten an. Erst Mitte Januar entschloss man sich, diese Verfahren auszusetzen und die Entscheidung des

EUGH abzuwarten. Die Begründung: „Indessen ist auch in Betracht zu ziehen, dass die letzte Auslegungskompetenz für Gemeinschaftsrecht beim Europäischen Gerichtshof liegt und dass dessen Auslegungsentscheidungen auch in der Vergangenheit gelegentlich den in nationalen Rechtstraditionen verwurzelten Juristen überraschend erschienen.“ Warten wir es ab...

Kartellrecht

Einen Gerichtstermin in Sachen Nachbaugebühren gibt es noch, bevor der EUGH zusammentritt. Am 5. Februar befasst sich die Kartellstrafkammer am Landgericht Hannover mit einem Sachverhalt, der aus den Auskunftsverfahren abgeleitet worden war. Es wird darüber verhandelt, ob das Ausschalten jeglichen Wettbewerbs der Sortenschutzinhaber untereinander durch den Einsatz der STV als Vollstreckungsorgan zum Erheben der Nachbauauskünfte und -gebühren nicht gegen das geltende Kartellrecht verstößt. cs



Sonnleitner versagte Edda Müller das Rederecht

Der Deutsche Bauernverband als Mitausrichter der Grünen Woche 2002 verhinderte, dass Prof. Edda Müller, Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, während der Eröffnungsfeier am 10. Januar eine Rede halten durfte. Bundesministerin Renate Künast hatte den Vorschlag gemacht, dass neben dem Regierenden Bürgermeister Berlins Klaus Wowereit, Gerd Sonnleitner, EU-Kommissar Franz Fischler und Ministerin Künast auch die oberste Verbraucherschützerin des Landes sprechen sollte. Künast: „Dann sicher im nächsten Jahr“. pm

Brüsseler Ausschuss-Vorsitz wechselt

Der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf ist bei der turnusgemäßen Neubesetzung der Brüsseler Parlaments-Ausschuss-Präsidenzien zum stellvertretenden Vorsitzenden des Agrarausschusses benannt worden. Die größte Fraktion im Europäischen Parlament, die christdemokratische EVP, hat bei der Neubesetzung vom ersten Ziehungsrecht Gebrauch gemacht und den Franzosen Josef Daul zum Ausschussvorsitzenden und damit zum Nachfolger von Graefe zu Baringdorf benannt. Daul bewirtschaftet mit seiner Familie im Elsass einen mittleren bäuerlichen Betrieb. Dass die EVP-Fraktion den Agrarausschuss-Vorsitz nun ge-griffen hat, zeige, so Graefe zu Baringdorf, dass der Ausschuss in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen habe. Denn eigentlich gibt es für den Ausschuss kein Recht zu Mitbestimmung in Fragen der EU-Agrarpolitik, doch hat der Ausschuss Wege im EU-Recht gefunden, den Entscheidungsprozess notfalls so lange aufzuhalten, dass die EU-Kommission faktisch zu Verhandlungen mit dem Parlament gezwungen werden kann. uj

Ostendorff auf Listenplatz

Friedrich Ostendorff (49), Mitbegründer der AbL und Bioland-Bauer aus Bergkamen in Westfalen, ist am 26. Januar auf den 8. Platz der Grünen-Landesliste für die Bundestagswahl gewählt worden.

Damit ist ihm ein Sitz im Bundestag sicher, sofern die Grünen am 22. September wieder ins Parlament einziehen. Ostendorff (rechts im Bild mit dem Geschäftsführer seiner Kreistagsfraktion Adrian Morck) hat in seiner Vorstellungsrede angekündigt, die Agrarwende der Ministerinnen Künast und Höhn im Bundestag tatkräftig unterstützen und mitgestalten zu wollen. uj



Aufgegabelt

„Manchmal habe ich den Eindruck, dass dieser Berufsstand selbst zum Paradies ein gebrochenes Verhältnis hat“
(Niedersachsens Agrarminister Bartels zu Berichten über die schlechte Stimmung unter den Bauern trotz positiver Einkommensentwicklung)

„Warum waren die Funktionäre in der Defensive? Weil die ersten deutschen BSE-Fälle im November ihre Politik Lügen gestraft haben. Selbst die Bauern waren unzufrieden mit ihrem Verband. Jetzt hat sich die Lobby wieder erholt. Ich habe nie erwartet, dass die Agrarwende ein Spaziergang wird. Aber alle die glauben, man könne weitermachen wie bisher, werden mit Karacho gegen die Wand laufen.“
(Renate Künast im Greenpeace-Magazin 6/01)

„Die Agrarpolitik ist doch erst durch uns zu einer Verbraucher-Politik gemacht worden. Wir haben entschieden: Wir wollen gesunde Nahrungsmittel. Unsere Landwirtschaft kann das. Wir wollen uns und unseren Kindern nicht zumuten, dass wir uns mit Separatorenfleisch und aus Legehennen-Batterien ernähren müssen.“
(Kanzler Gerhard Schröder auf dem SPD-Parteitag)

„Fast ist es ein kleines Wunder, dass es unseren Betrieben im Durchschnitt aller Bundesländer und aller Produktionsrichtungen gelungen ist, die Unternehmensergebnisse zu verbessern. ... Trotz eines Einkommenszuwachses ist die Bereitschaft der Bauern, in ihre Betriebe zu investieren, so niedrig wie nie“
(DBV-Präsident Sonnleitner zum DBV-Situationsbericht)

„Kinder auf dem Land wissen, dass Erdbeeren im Juni reif sind, und wenn der erste Frost war, dann gibt es eben Grünkohl.“
(Jungbäuerin in einer Diskussion mit Ministerin Renate Künast auf der Grünen Woche)

KURZES AM RANDE

Lehren aus den Pannen ziehen!

AbL fordert harte Konsequenzen aus neuen Skandalen

Als Konsequenz aus den jüngsten Askanalenden um Antibiotika und PCB in Futtermitteln sowie um fehlerhafte BSE-Testergebnisse in Bayern haben die Bundesvorsitzenden der AbL, Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, schärfere Sanktionen gegen die Verantwortlichen gefordert. „Wer antibiotika-belastete Krabben zu Futtermitteln verarbeitet oder – wie jetzt in Belgien – PCP in ein Futtermittel mischt, der bedroht wesentlich menschliche Gesundheit, handelt tierquälerisch und fügt der Landwirtschaft insgesamt einen hohen Schaden zu“, so die AbL-Vorsitzenden. Statt kleiner Geldstrafen müsse hier konsequent reagiert werden. Ein lebenslangliches Berufsverbot, ähnlich dem Entzug einer Lizenz, sowie hohe Gefängnisstrafen seien hier angemessen.

Konsequenzen fordert die AbL auch nach dem jüngsten BSE-Laborskandal. „Wenn deshalb die Rindfleischlieferungen nach Nordkorea zurückgeholt bzw. gestoppt werden müssten und möglicherweise Exportmärkte lahmgelegt würden, ist die bayerische Staatsregierung für den Vertrauensbruch bei den Verbrauchern verantwortlich und hat für den Schaden aufzukommen“, so die AbL. Dieser Skandal gefährde die notwendige Marktentlastung auf dem Rindfleischmarkt und dürfe nicht wieder auf dem Rücken der Landwirtschaft und den ohnehin gebeutelten Rindermästern ausgetragen werden.

Der bayerische Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner hat inzwischen als Re-

aktion auf die ohne staatliche Genehmigung durchgeführten BSE-Tests alle gesetzlich vorgeschriebenen BSE-Tests unter staatliche Verantwortung gestellt. Bayern hatte, anders als etwa Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die BSE-Tests nicht staatlichen Stellen übertragen, sondern privaten Labors überlassen. Wie sich herausstellte, hat die Südfleisch knapp 40.000 Rinder bei einem Labor der Firma Milan GmbH in Westheim testen lassen, ohne dass das Labor dafür eine Zulassung gehabt hat. Bei mindestens 270 Tests sei es zu gravierenden Fehlern gekommen, hieß es zunächst im bayerischen Ministerium, später korrigierte Minister Sinner die Zahl auf 46. So sind Rinder, bei denen BSE-Tests nicht eindeutig ausgefallen sind, als unbedenklich zum Verkauf freigegeben worden. Wohin die Rinder verkauft wurden, wollte die Südfleisch den Behörden nicht mitteilen. Dazu bedurfte es erst eines gerichtlichen Beschlusses.

Die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn hat auf einer AbL-Presskonferenz während der Grünen Woche die bayerischen Vorkommnisse zum Anlass genommen davor zu warnen, die Lebensmittelkontrolle wie in Bayern und Baden-Württemberg privaten Labors zu überlassen. Die stünden im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf und unterbieten sich gegenseitig. Das Risiko fehlerhafter Testergebnisse sei dadurch weit höher als bei staatlichen Labors.

In NRW werden BSE-Tests von privaten Labors nicht anerkannt, wogegen

Schlachthöfe protestieren. Der Schlachthof Bochum etwa hat der Stadt Bochum, die dort die BSE-Tests durchführt, nur den Betrag pro Test gezahlt, den private Labors in anderen Bundesländern berechnen, nicht aber den höheren des städtischen Labors. Das Gericht hat zwar nun entschieden, dass der Schlachthof die Differenz bis zum vollen Preis nachzahlen muss, aber der Schlachthof will gegen diesen Entscheidungsklagen. Der bayerische Wirbel um die BSE-Tests lässt die Erfolgsaussichten für diese Klage sinken.

uj



Noch sind die Produktionskriterien für das schon vor Monaten vorgestellte neue Zeichen „Qualität und Sicherheit“, kurz „QS“ nicht fertig. Aber das Zeichen wurde auf der Grünen Woche schon mal fleißig beworben, unter anderem auf dem „ErlebnisBauernhof“ von Bauernverband, CMA und anderen. Greenpeace hat die dort verwendeten Futtermittel auf gentechnisch veränderte Substanzen untersuchen lassen und im Kälberfutter zu 80 % gen-verändertes Soja gefunden. Der Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln ist immer noch ein strittiger Punkt bei der Kriterienaufstellung für das „QS“-Zeichen. Foto: Greenpeace

Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft

Ministerin Künast kündigte in Berliner erneut Bundesprogramm an. AbL legte erste Vorschläge vor

Bundesministerin Renate Künast hat in ihrer Rede zur Eröffnung der Grünen Woche erneut ein Bundesprogramm für die bäuerliche Landwirtschaft angekündigt, wie zuvor im Dezember auf der AbL-Bundesversammlung. Künast bekannte: „Wir brauchen die bäuerliche



Renate Künast auf der Grünen Woche

Landwirtschaft! Wir wollen keine ausgeräumten Landschaften. Und es darf auch nicht zu einer Sensation werden, wenn ein Trecker durch's Dorf fährt.“ Sie forderte die Bauern und Bäuerinnen auf, beim Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft aktiv mitzumachen.

„Die Bundesregierung ist Partnerin der bäuerlichen Landwirtschaft“, so Künast. Sie lasse die Landwirtschaft nicht allein mit den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen im Tier- und Verbraucherschutz: „Mit dem Ausbau der Investitionsförderung beim Stallbau helfen wir genauso mit wie beim Ausbau der Vermarktungseinrichtungen“, versuchte sie zu ermutigen.

Die deutsche Agrarproduktion könne auf

den Weltmärkten „sicherlich nicht auf die billigsten Kosten“ setzen, sondern vor allem auf die Qualitäten in den jeweiligen Marktsegmenten. Deshalb biete der Leitspruch „Klasse statt Masse“ Chancen für die deutschen Betriebe. Künast sprach auch die andere Seite deutlich an: „Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen bereit sein, ihren Teil zur Agrarwende beizutragen.“ Allerdings hätten die Verbraucher in Deutschland im letzten Jahr bereits mehr Geld für Fleisch ausgegeben. Dass der höhere Preis an der Ladentheke nicht an die Bäuerinnen und Bauern weitergereicht werde, verstimme sie auch. Sie gab den Ball aber an die landwirtschaftlichen Vertreter in den Schlacht- und Fleisch-Genossenschaften weiter: „Machen Sie deutlich, dass Sie dort für die Landwirte sitzen!“

■ ■
Wir brauchen die bäuerliche Landwirtschaft.
Wir wollen keine ausgeräumten Landschaften.
■ ■

AbL legt vor

Unter der Überschrift „Zukunft bäuerliche Landwirtschaft“ hat die AbL zur Eröffnung der Grünen Woche einen ersten Beitrag zum Bundesprogramm vorgelegt. Als Ziel wird darin genannt, möglichst vielen bäuerlichen Betrieben eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive zu geben und ein „fundiertes Vertrauen der Verbraucher in unsere Arbeit“ zu schaffen, das auf „gegenseitigem

Verständnis aufbaut“. Die AbL übernimmt dazu ihren Part: „Wir stellen uns unserer Verantwortung als Bauern und Bäuerinnen und suchen den offenen und konstruktiven Austausch“. Von der Politik werden eine Reihe von Maßnahmen gefordert.

Im Bereich der staatlichen Zahlungen wird eine soziale Modulation der Direktzahlungen sowie die Beendigung der prämierten Benachteiligung von Grünland- und Ackerfutterwirtschaft angemahnt. Die Umstellung von Betrieben auf artgerechte Tierhaltung nach dem Vorbild des NEULAND-Programms für artgerechte Nutztierhaltung müsse gefördert werden.

Die Agrarpolitik solle „entbürokratisiert“ werden. Als Beispiel wird das Artikelgesetz genannt, das – von Bundestag und Bundesrat im Sommer letzten Jahres verabschiedet – nun in der Umsetzung im Land für Unmut sorgt. Dazu schreibt die AbL: „Die bäuerliche Landwirtschaft hat die Kulturlandschaft geschaffen, eine industrielle Agrarerzeugung droht sie zu zerstören. Dies verhindert der Staat nicht durch bürokratische Gesetzgebung, sondern nun durch bewusste Unterstützung bäuerlicher Wirtschaftsweise“.

Auch geltende Regelungen in Steuerrecht, Sozialversicherungen, Förder- und Fachrecht bedürften einer Überprüfung. Denn das Bild der Landwirtschaft, auf dem diese Regelungen fußen, stimme mit der Realität auf den Höfen nicht mehr überein. Als einen von weiteren Punkten ruft die AbL die Bundesregierung auf, den gesellschaftlichen Dialog über die „Zukunft unserer Ernährung“ anzustoßen und „Gelegenheiten des Aushandelns“ zu schaffen. *uj*

Das AbL-Papier zum Aktionsprogramm ist erhältlich bei der AbL (Kontakt s. Bundesgeschäftsstelle Hamm, S. 23).

Schweinehaltungs-Verordnung

Auf die Frage, wie sie die EU-Richtlinie über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen in deutsches Recht umsetzen wolle, antwortete Ministerin Künast in Berlin, dass die Regelungen ökonomisch tragfähig sein und sich an den Standards in den Mitbewerber-Ländern Niederlande und Dänemark orientieren müssten. Inzwischen ist ein noch nicht abgestimmtes Eckpunkte-Papier des Bundesministeriums öffentlich geworden. Danach soll z.B. Mast Schweine bis 85 kg Lebendgewicht mindestens 0,81 qm Fläche pro Tier zur Verfügung gestellt werden, Schweine bis 110 kg sollen 1 qm pro Tier erhalten, so wie in den Niederlande. Die EU-Vorgaben für besonders gestaltete Liegeflächen in Sauenställen sollen übernommen werden. Allerdings wird nicht mehr erwartet, dass die bundesweite Schweinehaltungs-Verordnung noch vor der Bundestagswahl verabschiedet wird. Somit bleibt Nordrhein-Westfalen hier noch einige Zeit Vorreiter. Der NRW-Erlass, der bislang nur für Mast Schweine Regelungen enthält, wird derzeit um den Bereich der Sauenhaltung erweitert.

Förderpreis Ökolandbau

Von 110 Ökobetrieben, die am bundesweiten Wettbewerb zum „Förderpreis Ökologischer Landbau 2002“ teilgenommen haben, sind drei zu Preisträgern ausgewählt worden. Den ersten Preis, der mit gut 10.226 € dotiert ist, überreichte Bundesministerin Renate Künast auf einer gut besuchten Feierstunde auf der Grünen Woche an die Landwirtschaftsgemeinschaft Dottenfelderhof in Bad Vilbel, Hessen. Der Dottenfelderhof ist bundesweit u.a. als Lehr- und Ausbildungsstätte für den biologisch-dynamischen Landbau sowie als Zentrum der Sortenzucht für den ökologischen Landbau bekannt. Den zweiten Preis teilen sich zwei unterschiedliche Betriebe mit je 7.669 €. Der Familien-

betrieb Obsthof Schneider aus Nieder-Erlenbach bei Frankfurt ist für die pfliffigen Vermarktungskonzepte inklusive der Entwicklung sortenreiner Apfelweine geehrt worden. Ebenfalls einen zweiten Preis bekam der Baukhof im niedersächsischen Amelinghausen, und zwar für die beeindruckende Vielfalt des Betriebes von der Acker- und Viehwirtschaft über diverse Verarbeitungsbetriebe bis hin zu Vermarktung.

Preisträger Joachim Bauck bedankte sich bei Frau Künast nicht nur für den Preis, sondern auch für ihr konsequentes und standhaftes Wirken für eine tatsächliche Neuausrichtung in der Agrarpolitik. *uj*

Ringelschwanz-Kampagne

Artgerecht nur mit Ringelschwanz“, mit diesem Motto startete auf der Grünen Woche unter der Schirmherrschaft von Ministerin Künast eine neue Kampagne für tiergerechte Haltungsformen in der Schweinehaltung. Mit der Kampagne will der NEULAND-Verband für artgerechte und

umweltschonende Nutztierhaltung für Haltungsformen werben, in denen die Schweine ihren Ringelschwanz behalten können. Denn, so NEULAND, in Ställen, die den Bedürfnissen der Tiere nicht nachkommen, werden die Schwänze kupiert, um zu verhindern, dass sich die Schweine die Schwänze gegenseitig abbeißen, was dann zu Entzündungen führen kann. Die Ställe müssten den Tieren angepasst werden, nicht umgekehrt, so der Verband.

Info: www.neuland-fleisch.de



Betrug, Quälerei und späte Anklage

Gigantische illegale Viehtransporte aus den Jahren 1989/90 werden erst jetzt vor dem Oldenburger Landgericht verhandelt. Angeklagt sind drei Landwirte und Transportunternehmer, die Lebewild zum Weltmarktpreis in Polen kauften, das für die Ausfuhr in Drittländer (Afrika) bestimmt war und deshalb als „Transit-Vieh“ zollfrei durch die EU gelassen wurde. Die Tiere (insgesamt 1.200 Bullen und 17.000 Schafe) wurden nach Barcelona gekarrt, dort wieder aufgeladen, mit gefälschten Papieren versehen, und schließlich in Westeuropa verkauft und geschlachtet. Das Vieh litt bei den tagelangen Transporten ohne regelmäßige Tränke- und Fresszeiten, etliche Tiere verendeten auf den überladenen LKWs. Angeklagt werden die 3 Unternehmer jetzt jedoch wegen einer Steuerhinterziehung von 2,5 Mio DM. Wegen „Überlastung des Gerichts“ wird erst jetzt verhandelt. en

Aldi-Milliarde

Nach den neuen Publizitäts-Vorschriften mussten nun auch die Gebrüder Albrecht ihre Geschäftsbücher öffnen: Demnach verdienten die Aldi-Eigner mit über 0,5 % Marge deutlich besser als ihre Wettbewerber unter den Handelsketten. 2000 betrug der Gewinn immerhin 1 Mrd. DM. en

Salmonellen bevorzugt in Intensivanlagen

Interessant sind die Ergebnisse einer Untersuchung des BgVV-Bundesinstituts, wonach es in Fleisch aus kleinen Hähnchenmastbetrieben deutlich weniger Salmonellenbefall als bei großen Intensivbetrieben gibt: die Tiere hätten wegen der längeren Mast zum Zeitpunkt der Schlachtung eine eventuelle Infektion längst überwunden, anders als in den Großschlachtereien würden sich zudem die Salmonellen nicht auf ganze Fleischpartien ausbreiten. en

Gentech fliegt weit

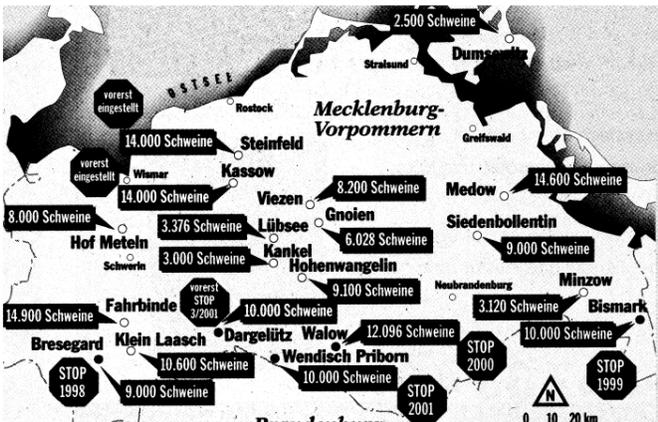
Weit entfernt von Intensiv-Maisanbaugebieten, nämlich im mexikanischen Bergland mit seinen zahlreichen Mais-Wildformen, fanden Forscher aus den USA in traditionellen Maissorten gentechnisch verändertes Erbgut. Dabei besteht in Mexiko seit 1998 ein Anbau-Moratorium. Auch eine mexikanische Studie zeigte in zwei mexikanischen Bundesländern gentechnische Veränderungen in drei bis zehn Prozent der befruchteten Maiskörner. Beide Studien belegen, dass die schon lange befürchtete Ausbreitung gentechnisch veränderter Pollen über weite Strecken Realität ist. en

Biopark verlässt AGÖL

Ende 2001 ist Biopark aus der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (Agöl) ausgetreten. Zuvor gab es Spannungen über die Frage der Ausnahmegenehmigungen für Biopark und über Mitgliedsbeiträge in der AGÖL. Laut Presse in Mecklenburg-Vorpommern plant Biopark nun mit dem Deutschen Bauernverband und der DLG eine gemeinsame Organisation für ökologischen Landbau zu gründen. ms

Neue Agrarfabriken?

Zur Auslastung der (nach der Wende überdimensioniert geplanten) Schlachthöfe plant die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern weiter an mehreren Schweine-Mastanlagen mit 40.000 Mast-, 5.000 Sauen- und 13.000 Aufzuchtplätzen, u.a. in Medow und Penkun. Die im Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossenen Verbände (darunter die AbL) und die PDS kritisierten die agrarindustriellen Projekte und sprachen sich für bäuerliche Betriebe mit Haltung der Tiere auf Stroh aus. en



Abdruck mit Genehmigung des BUNDmagazins

Gendarstellung zum Artikel „Im Kapitalismus angekommen“ auf S. 10 der Januar Ausgabe

Biolandbeiträge und Bauernstimmen-Beiträge:

Dichtung und Wahrheit

In der letzten Ausgabe der Bauernstimme wurde der Bioland Landesverband im Artikel „Im Kapitalismus angekommen“ wegen der aktuellen Änderungen der Mitgliedsbeiträge zugunsten von Großbetrieben angegriffen. Das neue Beitragssystem wurde falsch dargestellt. Der Bioland Landesverband Mitte hat auf der letzten Landesmitgliederversammlung für Hessen eine neue Beitragsordnung verabschiedet. Die wesentliche Beitragsänderung besteht darin, dass eine ganze Beitragskomponente für die tierische Bio-Produktion komplett gestrichen wurde. Damit werden alle viehhaltenden Betriebe in Hessen stark entlastet wozu viele kleine bis mittelgroße Betriebe gehören.

Eine Degression wurde in Hessen nicht neu eingeführt, sondern die bereits bestehende Degression nach Flächenausstattung in eine Degression nach absoluter Beitragshöhe überführt. Die Degression gilt aber nur ab den festgelegten Beitragsstufen, d.h. nur für den darüber liegenden Beitragsanteil wird die Degression ge-

währt. Kommt ein Betrieb z.B. in den Genuss von zwei Degressionsstufen, so hat bis zur ersten Stufe den vollen Beitrag zu zahlen, für den Beitrag zwischen der ersten und der zweiten Stufe wird die niedrigste Degression gewährt und für den Beitrag oberhalb der zweiten Stufe die nächsthöhere Degression. Die in der Bauernstimme errechneten Beitragsreduktionen sind schlicht falsch und wurden so den Mitgliedern nicht zur Abstimmung vorgestellt.

Der Bioland Landesverband Mitte gehört, daran hat sich nichts geändert, zu den Verbänden mit der niedrigsten (nicht kosten deckenden) Grundgebühr, was vielen kleinen Betrieben eine Mitgliedschaft überhaupt erst ermöglicht. Die breite Zustimmung der Mitglieder auf der Landesmitgliederversammlung zum neuen Beitragssystem war nicht erstaunlich sondern logisch. Das neue Beitragssystem wurde demokratisch und einmütig von der Landesmitgliederversammlung verabschiedet.

Susanne Weißbecker

Neue Regelung beim Quotenrecht

Mit der Einführung des Börsenmodells zum 01.04.2000 hatte sich der Bauernverband überwiegend durchgesetzt. Auf Antrag Bayerns und auch auf Betreiben des Bauernverbandes hat der Bundesrat im Herbst einen Beschluss zur ersten Änderung des Milchbörsenmodells gefasst. Die Verordnungen sollen im Bundesrat bestätigt werden und am 01.04.2002 in Kraft treten. Die Änderungen führen in einigen Punkten zu einer sinnvollerer Handhabung des Systems. So die Beseitigung des Angebotsüberhangs: durch ihn nahmen bisher Börsenanbieter kleine Restmengen mit nach Hause und konnten sie nicht mehr sinnvoll verwerten. Die Begrenzung der Laufzeit der Bürgschaften spart Kosten bei der Bank.

Bedenklich sind dagegen, die erweiterten Möglichkeiten für Betriebskooperationen außerhalb der Börse. Bisher waren Kooperationen möglich, bei denen aber zwei Jahre auf den jeweiligen Betrieben weitergemolken werden musste. Jetzt soll es möglich werden, die Betriebe oder Betriebszweige voll zu kooperieren. Hierbei ist die Mitarbeit der Partner Bedingung. Wie sie

kontrolliert werden kann, ist mit Spannung zu erwarten. Investitionen in der Milchviehhaltung sind statt auf zwei auf zehn Jahre und länger ausgerichtet. Dies ist die Messlatte.

Den bisherigen Basisabzug von 5 % zu streichen geht in die falsche Richtung (Rest des Lieferrechts). Bot er noch kleine Möglichkeiten nach objektiven Kriterien Quote z.B. strukturwirksam zu verteilen. (Grünland, Betriebsgröße, benachteiligte Gebiete).

Mit der Einführung des Preiskorridor von 40 % für Gebote werden bei einem Gleichgewichtspreis von 1 Euro noch Gebote von 1.4 Euro berücksichtigt. Einwand der AbL schon bei der Einführung: Wenn schon Börse, dann auch Abzüge bei überhöhten Preisgebote. Z.B. 10 % Quotenabzug bei 10 % über der Preislinie.

Im Ergebnis wird die Milch weiter aus kleineren Betrieben und ertragsschwächeren Gebieten ohne Einkommensalternative zur Milch abfließen. Mit dieser Verordnung entfernt sich die Milchquotenregelung noch weiter von einer Milchmarktordnung, die es wert ist für sie zu streiten.

Bernd Voss

Im Nachbardorf gibt es eine türkische Schlachtereier, seit fast zehn Jahren. Damals kaufte Ismail Demir das Haus eines verstorbenen Dorfschlachters, schloss das Ladengeschäft und begann gemeinsam mit einigen Helfern den Schlachtbetrieb. Anfangs ging einiges drunter und drüber, und bald rankten sich allerlei Gerüchte durch die Vorgärten, was man dort alles auf welche Weise schlachten und wie man die

Schlachtabfälle entsorgen würde. Hinzu kam, dass Ali – einer von Isis Helfern – bei den Bauern herumfuhr und Vieh kaufte, es aber niemals bezahlte. Aus dieser Zeit nährt sich noch immer ein schlechter Ruf, den Isi einfach nicht los wird.

Dabei hat sich vieles verändert. Es fing damit an, dass Ali rausflog und durch Ahmed ersetzt wurde. Der führte sich damit ein, dass er zunächst einmal die Schulden seines Vorgängers bezahlte, um überhaupt wieder Vieh zu bekommen. Mit ihm lässt sich wirklich gut handeln, und ich bekomme immer pünktlich mein Geld. Weiterhin wurde das Geschäftsgebaren zunehmend mitteleuropäisch; inzwischen kriegt man

eine Quittung, ohne noch einmal hinterher telefonieren zu müssen, und sogar mit den Viehmeldungen klappt es nun – nach einigen ärgerlichen Meldeketteneffekten – endlich auch.

Was die Hygiene angeht: darüber kursieren im Dorf die wildesten Geschichten. Dabei ist in diesem Bereich wirklich alles in Ordnung. Klar, die Räume mussten umgebaut und den neuen Richtlinien angepasst werden, aber welche Dorfschlachtereier musste in dieser Hinsicht nicht investieren? Und wahrscheinlich ist es einfacher, einen Störfall im AKW zu vertuschen, als ein verdrecktes Schlachthaus zu führen, ohne dass der Kreisveterinär einem den Laden dichtmacht.

Seit einiger Zeit hat Isi sich nun darauf spezialisiert, eine Döner-Grundmischung herzustellen. Dazu braucht er magere Kühe, die er vergleichsweise gut bezahlt, während er fleischige Kühe gar nicht haben will, weil der Döner dann nicht gelingt. Daher können wir Bauern uns hier freuen, einen Absatz zu haben für jene Tiere, die die großen Schlachthöfe kaum haben wollen. Seit kurzen darf Isi nun auch wieder schächten. Ganz im Vertrauen: Er hat es auch vorher getan. Es war ihm wichtig, und auch ich fand es in Ordnung, weil ich ihm einmal dabei zugeschaut habe. Sie haben diese furchterregend scharfen Messer; es geht wirklich schnell und dabei ohne jede Hektik. Ich glaube, ein Tier leidet weniger, wenn es von einem geübten Schlachter geschächtet wird, als wenn es im großen Pulk im Schlachthof panisch herumrennt, bevor es in die Automaten getrieben wird, um vom Schussgerät betäubt und anschließend geschächtet zu werden. Na ja, und die alte gesetzliche Regelung, die den Muslimen die Auslegung ihrer Religion vorschreiben wollte, fand ich schon immer etwas anmaßend. Der neue Spruch des Bundesverfassungsgerichtes ist da viel zurückhaltender und, wie ich finde, auch weiser. Jetzt braucht Isi das Bolzenschussloch nicht mehr nachträglich in die Rinderschädel zu schießen. Und er wird nicht mehr aufgrund seines Glaubens kriminalisiert. Ein echter Fortschritt, gerade in dieser Zeit, die ja nicht eben von der Toleranz der Kulturen gekennzeichnet ist ...

Matthias Stührwaldt

Betriebsspiegel:

45 ha Ackerland (Futter- und Marktfrucht);
55 ha meist natürliches Grünland;
60 Kühe mit weiblicher Nachzucht (schwarzbunt, Boxenlaufstall);
45 Bullen in Schleswig-Holstein

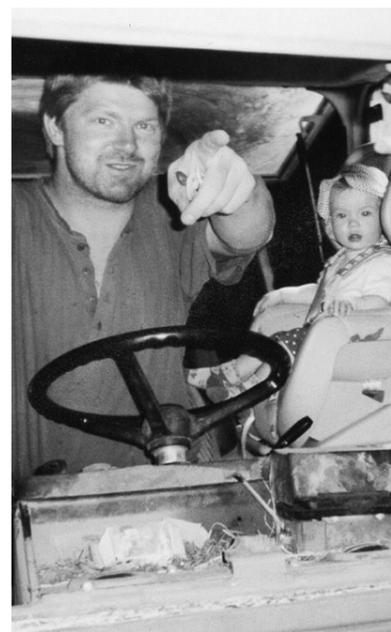
Isi darf nun schächten

Immer mehr Betriebe, die Ziegen halten, haben in den letzten Jahren begonnen, ihre Tiere gestaffelt zu belegen und melken rund ums Jahr. Diesen Trend möchte ich nicht mitmachen. Ich brauche die gemütliche Zeit im Winter, um mich wieder zu erholen und Kraft zu sammeln für die kommende Saison. Ich möchte ein paar Wochen im Jahr Zeit haben, meine Gedanken zu ordnen, die Nase in den Wind zu strecken und über meinen Gartenzaun hinaus zu schauen. Dann kann ich mich auf die Geburtssaison und über die vielen Kitz freuen und beginne mit neuem Elan die Arbeit in der Käserei.

Bei uns am Hof leben acht Personen: Franky und ich, unsere drei Kinder, seine Eltern und eine Tante. Der Vater (80) arbeitet mit seinen Bienen, spaltet im Winter täglich Brennholz und schafft rund ums Haus, was er für nötig hält und kräftemäßig kann. Die Mutter (70) wird gepflegt, hauptsächlich von der Tante (76), die auch noch kocht und sauber macht. Unser Ältester (20) trampet gerade irgendwo durch Indien, der zweite Sohn (18) beendet im Februar seine Lehre als Landmaschinenmechaniker. Unsere Jüngste (8) besucht die Grundschule.

Franky (44) macht den größten Teil der Außenarbeiten, melkt die Kühe und ist einmal die Woche unterwegs in Sachen Direktvermarktung. Er beliefert unsere Kunden mit Ziegen- und Kuhmilch, Joghurt, Ziegenkäse, Topfen (Quark), Apfelsaft und Dauerwürsten. Gelegentlich gibt es auch Fleisch vom Lamm, Kitz oder Milchmastkalb.

Die Stallarbeit machen wir gemeinsam. Im Sommer haben wir immer wieder Helfer und Praktikanten, die uns



Kraft sammeln im Winter

die Arbeit und das Leben erleichtern, frischen Wind und auch neue Ideen in unsere Bude bringen.

Mein Hauptarbeitsbereich am Hof sind die Ziegen und die Käserei. Ich melke und verarbeite die gesamte Milch meiner Ziegen selbst, zehn Monate im Jahr und sieben Tage pro Woche. Im Winter stehen alle meine Weiber trocken. Das ermöglicht mir, meine „Mitarbeiterinnen“ nach dem Füttern ausgiebig zu beobachten, Rangordnungen zu erkennen, verschiedene Charaktere und Reaktionen zu studieren. Ihr zufriedenes Gemampfe, gemütliches In-Sich-Ruhen beim Wiederkäuen und ihre Verschmustheit mir gegenüber freut mich sehr. Jetzt nehme ich mir/wir uns auch wieder die Zeit, Freunde zu besuchen, Kontakte zu pflegen und eventuell zu verreisen. Im Jänner 1999 war ich zwei

Wochen bei Bauern in Schottland und auf den Shetland-Inseln. Im November 2000 besuchte ich mit einer Reisegruppe Bauern und Entwicklungshilfeprojekte in Ecuador. Beide Reisen haben mich tief bewegt und beeinflussten mein Leben, Denken und Konsumverhalten nachhaltig. Diesen Winter steht keine große Reise ins Haus. Franky und ich planen nach Belgien zu fahren, um dort ehemalige Helfer zu besuchen (samt Kontrollrundgang durch Antwerpens Bierkeller). Als Zusatznutzen hoffen wir, einen neuen Zuchtziegenbock mit nach Hause zu nehmen.

Im Winter erledige ich meine Flickwäse, die sich in zehn Monaten angesammelt hat. Es erleichtert mich unheimlich, zu sehen, wie auch dieser Berg kleiner wird. Sogar gebügelt habe ich schon! Ich weiß, dass ich nicht im

Betriebsspiegel:

Kontrollierter Bio-Vollerwerbsbetrieb im oberösterreichischen Ennstal auf 450-700 m Seehöhe
20 ha Grünland, 10 ha Wald, Bergbauernzone 3, ca. 1100 – 1200 mm Niederschläge/Jahr
12 Milchkühe (Braunvieh) mit Nachzucht (40.000 kg A-Quote, 10.000 kg D-Quote)
40 -50 Milchziegen (Weiße Edelziege, Anglo-Nubier-Ziege)
ca. 15 Mutterschafe (Schwarzkopf) zur Steiflächenpflege
20 Hühner, 2 Pfaue,
(2 Hunde, 7 Katzen)

Hausfrauenhimmel landen werde, aber was soll ich dort auch? Es zieht mich eher wieder in den Stall, um zwischendurch den Kalbinnen die Köpfe zu kraulen. Manchmal gehe ich mit einer Freundin reiten oder mit meiner Tochter eislaufen. Karin Prüller

Frischlucht-Schweine und der Muff von tausend Jahren

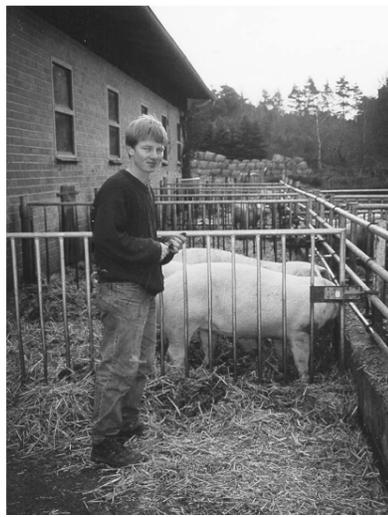
Noch auf unterster Ebene bremst die industrielle Agrarproduktion eine artgerechte Tierhaltung aus

Alles hinschmeißen und abhauen, Adaran hat er schon gedacht. Dabei ist Martin Schulz nicht der Typ für so was. Seit der 26jährige den Hof im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg übernahm, hat er Dinge angepackt. Er fuchste sich in die Freiland-Hüttenhaltung von Sauen und wurde Mitglied im NEULAND-Verein für artgerechte Nutztierhaltung. Als alles gut lief, überlegte er sich eine Umnutzungsmöglichkeit für den leerstehenden Kuhstall auf dem Hof. 180 Mastschweine sollen den planbefestigten, stroheingestreuten Umbau mit den angegliederten, ebenfalls eingestreuten Ausläufen bevölkern. Die im Genehmigungsverfahren angefragten TÜV-Gutachter bescheinigten Bauer Schulz mittels der in Niedersachsen (und anderen Bundesländern) angewendeten Methode zur Berechnung von Geruchsemissionen, dass seine Schweine viel zu sehr stinken. Nachbarn in einem naheliegenden Neubaugebiet, die im Rahmen der Nachbar-

schaftsbeteiligung angeschrieben wurden, beschwerten sich nun tatsächlich.

Methoden mangelhaft

„Eigentlich sind alle gängigen Rechen-



Schweine im Strohauslauf, das wird Martin Schulz nicht genehmigt. Foto: Schievelbein

modelle ungeeignet, um die Situation in der artgerechten Tierhaltung darzustellen“, sagt Bernd Kuhn von der Beratung tiergerechte, umweltschonende Nutztierhaltung, der die Neuland-Betriebe in Niedersachsen betreut. Es gebe überhaupt keine realen Werte für die Emissionsquellen, so werde z. B. angenommen, dass wöchentlich entmistete Strohausläufe die gleichen Gerüche produzieren wie eine monatelang aufgestapelte Mistplatte. Außerdem bestätigen sogar Gutachter, dass die Methoden nicht für bodennahe Quellen – sprich Offenställe und Ausläufe – geeignet sind. Ursprünglich geht es in den Emissionsrichtlinien um Industriebetriebe und darum, wie hoch der Schornstein sein muss, um üble Düfte wegzublasen. „Grundsätzlich begünstigen die Modelle geschlossene Stallbauten“, so Berater Kuhn. Daraus erklärt sich, warum Martin Schulz laut mündlicher Aussage eines TÜV-Gutachters, einen Vollspalten-Güllestell mit Dachentlüftung am selben Stand-

ort genehmigt bekommen würde. In Zeiten, in denen die finanzielle Unterstützung artgerechter Tierhaltung erstmals Aufnahme findet in staatliche Förderprogramme, mutet das schlicht absurd an.

Für Martin Schulz steht „die Existenz auf dem Spiel.“ Auf anderer Ebene geht es darum, ob mit den auf eine agrarindustrielle Produktion ausgelegten Regelwerken und Rechenmodellen weiterhin der artgerechten Tierhaltung Steine in den Weg gelegt werden. „Diese Modelle sollten nicht mehr eingesetzt werden, wenn es um Auslaufhaltung geht“, fordert Bernd Kuhn, „stattdessen müssen endlich die notwendigen Untersuchungen gemacht werden, aus denen sich dann geeignete Rechen Grundlagen ableiten lassen.“ Schließlich kann es nicht sein, dass artgerechte Tierhaltung nur noch auf der grünen Wiese und nicht mehr in bäuerlichen Dorfstrukturen stattfinden darf, weil sie angeblich mehr stinkt als der abgeschottete Industriestall. cs

Warum bin ich noch im Bauernverband?

Das ist die Frage, die ich mir jeden Freitag neu stelle. Dann liegt das Bauernblatt – das Wochenblatt des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes – vor mir auf dem Tisch, und ich rege mich auf über die neuerliche Hetze gegen Frau Künast, die Agrarwende, die Naturschützer und gegen alle und alles, was der Bauernverband zu seinen Feinden erklärt hat. Ich kann es nicht mehr hören. Lesen schon gar nicht. Es gibt keine schlimmere Vorstellung als die, jetzt eine Versammlung des Bauernverbandes zu besuchen. Dumm-dreistes Stammtischgeschwätz, Bauern, die sich ihre Wut aus dem Leib poltern und dabei erstaunliche Gedankenresistenz offenbaren. Sie sind so voller Hass, dass es mich entsetzt, und dieser Hass wird noch gefördert von den Wochenblättern, von TopAgrar und zumindest auch von mittleren Funktionären des Bauernverbandes. Manchmal denke ich, so ähnlich wie die Kampagne, die jetzt gegen Frau Künast läuft, muss 1968 die Hetze der Springerpresse gegen Rudi Dutschke gewesen sein. Man weiß, welche Folgen das damals hatte, und ich denke dann: es hilft nichts, ich muss jetzt austreten. Ich will mich nicht verantwortlich fühlen müssen, wenn tatsächlich irgendein durchgeknallter Berufskollege Amok läuft.

Dann wieder denke ich: nein. Der Bauernverband hat schon seine Berechtigung. Ich liebe ihn nicht, und manchmal hasse ich ihn. Aber er kann durch die ABL – die ich liebe – nicht ersetzt werden, dazu fehlen die Strukturen und vor allem die Leute. Der Bauernverband müsste reformiert werden, von innen heraus, denke ich dann, und dazu müssten Leute im Verband bleiben, die anders denken als der im Moment radikalisierte Mainstream. Dann wieder frage ich mich, ob eine derart verkrustete Organisation wie der Bauernverband überhaupt verändert werden kann, und dann ist wieder Freitag und ich lese und sage: „Jetzt trete ich aus“. Und tue es wieder nicht.

Es ist zum Kotzen. Die Art und Weise, wie Frau Künast heute für alles, was schief läuft, verantwortlich gemacht wird. Die Krise, in der sich die Landwirtschaft im Moment befindet – die sich ja, was die Zahlen betrifft, mit Ausnahme der rinderhaltenden Betriebe eher als eine „gefühlte“ als eine tatsächliche Krise darstellt – ist ja nicht von Frau Künast zu verantworten, sondern ist herbeigeführt worden von Kiechle, Borchert und Funke sowie von der Spitze des Bauernverbandes, wobei Sonnleitner eine nur geringfügig bessere Figur macht als der früh ver-

greiste Baron oder Freiherr oder was auch immer. Leider ist diese Erkenntnis aber den Bauern nicht zu vermitteln – und schon gar nicht, wenn man sich aus ihren Gesprächsforen verabschiedet, in denen man aber ohnehin nicht zu Wort käme.

Der eigentliche Grund dafür, dass ich noch im Bauernverband bin, ist aber ein anderer: Ich schätze den Bauernverband als Beratungsinstanz. Ich schätze und achte unseren Plöner Kreisgeschäftsführer Klaus Dahmke, der ein diplomatischer, feinsinniger und fairer Mensch ist und dessen Rat ich manchmal in Anspruch nehme. Er ist es, der mich an den Bauernverband bindet! Ich weiß nicht, wie oft ich ihn tatsächlich in Anspruch nehme – wir telefonieren vielleicht ein, zwei Mal im Jahr miteinander. Er ist jemand, der die Leute bei den Behörden vor Ort kennt, der weiß, welche Macken die Sachbearbeiter in den Ämtern haben und wie man sich am besten präsentieren kann, um seine Interessen dort zu vertreten. Und auch bei Pachtverträgen und bei der Hofübergabe hat dieser Mann einfach gute Arbeit geleistet.

Einmal, als es ganz schlimm war – nach Funkes Auftritt beim letztjährigen Landesbauerntag – da rief ich ihn an und fragte ihn, ob er mich auch noch

beraten würde, wenn ich nicht mehr im Verband wäre. Er sagte, damit hätte er dann wohl ein Problem, und wir haben ein langes, ausführliches Gespräch geführt, nach welchem ich mich dann für einen Verbleib im Bauernverband entschlossen habe. Vorerst. Jeden Freitag wieder steht dieser Entschluss auf der Kippe. Und manchmal wünsche ich mir, stark genug zu sein, um endlich auszutreten. Denn mit einem guten Gewissen drin sein kann ich auch nicht. Und eigentlich müsste man jetzt alles tun, um den Verband zu schwächen. Und drinbleiben und den Vorsitzenden das Gefühl geben, von einer hohen Zustimmung und einem hohen Organisationsgrad getragen zu sein, damit sie weiter Schwachsinn verbreiten können, ist da genau das falsche Signal.

Man müsste fordern, dass der Bauernverband die Beratungsleistungen auch für Nichtmitglieder anbieten muss. Und dass man die Mitteilungen der Landwirtschaftskammern unabhängig von der Propaganda des Bauernverbandes erwerben kann. Oder dass die AbL den Bauernverband schluckt, keine feindliche, eine freundliche, aber kritische Übernahme ... ach, was soll ich nur tun?

Matthias Stührwoldt,
Bauer aus Schleswig-Holstein



Grünland ist mit 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche die bedeutendste Kulturart Deutschlands. Doch eine Grünlandprämie wie sie die AbL seit langem fordert, gibt es bis heute nicht. Vielmehr ist infolge der Agrarreform 1992 und der Agenda 2000 Grünland zum Stiefkind verkommen. Nicht einmal als Kulturpflanze zählt Grünland bei der EU-Kulturpflanzenregelung.

Von der Mutter des Ackers zum Pflegefall der Kulturlandschaft

Solange Lebensmittel knapp waren, galt Grünland als Mutter des Ackers, weil Wiederkäuer mit dem Futter des nicht ackerfähigen Landes nicht nur Lebensmittel, sondern vor allem Mist erzeugten, welcher als Dünger für den Acker dringend gebraucht wurde. Mehr Futter = mehr Vieh = mehr Mist = höhere Erträge, lautete die Devise der Lehre bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Mit der chemischen Agrarwende verlor der Mist diese Bedeutung, was zugleich die Spezialisierung in der Landwirtschaft möglich machte. Damit verlor Grünland nicht nur seine Mutterrolle, mit den zunehmenden Überschüssen geriet es in den Wettbewerb um die Vorzüglichkeit der Kulturen und Betriebszweige.

In den Mittelgebirgsregionen wurde dadurch eine Aufforstungswelle ausgelöst. Um die Grünlandnutzung in den Berg- und Küstenregionen attraktiv zu halten wurde 1974 das EWG-Bergbauernprogramm eingeführt. Doch dieser Ansatz von Flächenzahlungen löste rasch Begehrlichkeiten bei denen aus, die nicht als benachteiligt eingestuft waren. Die Politik nutzte diese Unzufriedenheit nach der Milchkontingentierung 1984 und weitete die benachteiligten Gebiete kräftig aus, auch auf Ackerfrüchte, und löste in der Folge sogar die Bindung an die Viehhaltung. Die Grünlandfrage geriet somit in den Hintergrund.

Mit der Senkung der Interventionspreise bei Getreide und Einbeziehung des Silomais in die Kulturpflanzenprämien in der Agrarreform 92 wurde die politische Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem Grünland manifestiert und mit den Berliner Beschlüssen zur Agenda 2000 weiter fortgeschrieben. Die Tierprämien kompensieren diese Wettbewerbsverzerrung nicht, weil sie nur für einzelne Tierarten und Gattungen gewährt werden, aber nicht für alle Rauhfuttermittel. Auch bei der Diskussion um Milchkuhprämien fehlt wieder die Verknüpfung zum Grünland. Die Futterkosten je Nährstoffeinheit vom Grünland liegen heute deutlich höher als beispielsweise aus Silomais, wie die Berechnungen verschiedener Stellen in der folgenden Tabelle zeigen:

Kosten DM je 10 MJ NEL im Grundfutter		
	BW	MV
Weide	0,22	0,37
Grassilage	0,27	0,51
Heu	0,32	0,40
Maissilage	0,19	0,29

BW: Rinderreport 2001 Baden-Württemberg
MV: Betriebszweigungsauswertung 1997 Mecklenburg-Vorpommern

Und die Entwicklung geht weiter – hin zur 10.000l-Kuh. Während eine Milchkuh mit 5. bis 6.000l Leistung immerhin ca. zwei Drittel der Milch mit Grünlandfutter erzeugen kann, sinkt dieser Anteil bei der 10.000 l-Kuh auf ein Drittel. Die Gefahr, dass auf diesem Weg auch die Milchviehhaltung Grünland-

Grünlandwende

und flächenunabhängig wird, ist größer denn je. Finanzstarke Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Bayern haben Anfang der neunziger Jahre mit Agrarumweltprogrammen mit wohlklingenden Namen wie MEKA (Markt-Entlastungs- und Kulturlandschafts-Ausgleich) oder KULAP (Kulturlandschaftsprogramm) begonnen diesem Trend gegenzusteuern. Mitgefördert wird diese Entwicklung von der EU, die Agrarumweltprogramme in ihren Mitgliedsstaaten inzwischen verpflichtend vorschreibt und kofinanziert. Obwohl diese freiwilligen Programme gut angenommen werden, können sie die politische Wettbewerbsverzerrung aber nicht ausgleichen, den 200 DM MEKA oder KuLaP-Grünlandprämie stehen ca. 700 DM Maisprämie gegenüber.

Ein Wust an Programmen aber keine Lobby für das Grünland

In der Praxis der Grünlandförderung besteht inzwischen leider ein Dschungel von Programmen, den kaum noch jemand begreift. Dazu kommen riesige bürokratische Probleme mit der Aufteilung der Flächen auf die einzelnen Förderkategorien bei der Antragstellung und kontraproduktive Vorschriften wie das Herausrechnen von Landschaftselementen wie Hecken und Feldgehölze (vgl. dazu in Bauernstimme 7/01 den Artikel „Bürokratischer Wildwuchs im Vertragsnaturschutz – Verwaltungszentralismus und Kontrollwahn bedrohen die gute Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz vor Ort“) Damit endet der gute Ansatz der Politik oft in Frust bei den Bauern. Und die Politik kann auf die Forderung nach einer Grünlandprämie immer auf irgendein Programm verweisen und auf Vorgaben aus Brüssel. So ist die Politik zwar Spitze, aber das Grünland immer noch Stiefkind.

Offensichtlich hat Grünland keine Lobby. Da an der 10.000 l-Kuh durch den Umsatz an Betriebsmitteln für die vorgelagerte Wirtschaft mehr zu verdienen ist als an einer Grünland-orientierten Kuh, ist das klar. Diese wirtschaftlichen Interessen manipulieren über die Wer-

bung die Landwirtschaft ebenso wie Rinderzucht und Agrarlobby. Die wenigen Verfechter einer nachhaltigen Grünlandnutzung sind da einsame Rufer in der Wüste.

Forderungen an eine Grünlandwende

Dabei hätte das Grünland Leistungen für die Allgemeinheit zu bieten wie keine andere Kultur. Die dauerhafte Pflanzendecke des Grünlandes ist der optimale Grundwasser- und Bodenschutz. Grünland ist Lebensraum für mehr als der Hälfte aller Pflanzenarten in Deutschland. Wiesen und Weiden sind die Farbtupfer und Lebensadern der Kulturlandschaft, die den Erholungswert einer Landschaft wesentlich ausmachen, wie fast alle Tourismusprospekte beweisen. Mit soviel Stärken sollte Grünland in der Agrarwende eigentlich rosigen Zeiten entgegengehen.

Soll die Agrarwende zu einer nachhaltigen und flächendeckenden Grünlandnutzung führen, genügt es nicht, ab und zu eine Grünlandprämie zu fordern, sondern es ist eine Grünlandwende in folgenden Punkten erforderlich:

(1) Das zentrale Thema der Agrarwende „artgerechte Tierhaltung“ muss um die artgerechte Wiederkäuerernährung erweitert werden, damit Grünland seine Bedeutung als Futterquelle wiedergewinnt.

(2) In der EU-Kulturpflanzenregelung muss Grünland mit allen anderen Kulturpflanzen gleichgestellt werden durch eine einheitliche und sozial gestaffelte Flächenprämie, wie sie die UBA-Plattform (vgl. BS 11/01 Seite 3) vorschlägt.

(3) Die Förderung benachteiligter Gebiete durch Bund und Länder muss an die Bewirtschaftungsschwernisse unter heutigen Bedingungen angepasst werden. Um den sehr großen einzelbetrieblichen Unterschieden besser gerecht zu werden, sollte das Hektar-bezogene System durch ein betriebsbezogenes System nach dem Vorbild des österreichischen Berghöfekataster ersetzt werden.

(4) Agrarumweltprogramme und Landschaftspflegeprogramme der Länder sollten sich auf tatsächliche ökologische Leistungen konzentrieren. Die in Baden-Württemberg entwickelte Maßnahme „artenreiches Grünland“ könnte als nachvollziehbares Vorbild auch für Biotop- und FFH-Grünland dienen.

Siegfried Jäckle



Grünland ist nicht gleich Grünland. Baden-Württemberg bietet dem Bauern mit der Maßnahme „artenreiches Grünland“ die Möglichkeit, anhand eines Kennarten-Kataloges selbst zu bestimmen, welche ökologische Leistung er erbringt. Foto: Jasper



„Wenn ich mal ein paar Kälber mehr habe“

Über den Umgang mit starren Viehbesatzgrenzen und Erfahrungen mit der Grünlandförderung berichten bayerische und baden-württembergische Bauern

Bei uns wächst das Grünland bei 1.100 mm jährlichem Niederschlag gut. 2001 habe ich fünf Schnitte gemacht, das sieht auf der schwäbischen Alb wieder ganz anders aus“, berichtet Bernhard Sirch, Bauer aus der Grünlandregion Allgäu. Um eine Grünlandprämie gerecht zu gestalten, müsste sie Ertragsunterschiede mit berücksichtigen, aber da springe die Verwaltung „im Viereck“. Sein Grünlandbetrieb liegt nahe zu Ackerbaustandorten, umso wichtiger ist ihm, die Benachteiligung des Grünlands in der Förderung auszugleichen. Eine gerechte Grünlandprämie um die 200 bis 250 € schwebt ihm vor. Eine einheitliche Prämie für alle Kulturen will auch Wolfgang König, Bauer aus dem Bayerischen Wald. Über das bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KuLaP), zum großen Teil EU-kofinanziert, bekommt er Ausgleichszahlungen. Zum einen bekommt er über das KuLaP eine Extensivierungsprämie von ca. 100,- € je ha, wenn er weniger als zwei Großvieheinheiten je ha



Bernhard Sirch: Eine gerechte Grünlandprämie müßte Ertragsunterschiede mit berücksichtigen.

nachweisen kann. Mit Verzicht auf Stickstoff-Mineraldünger kann der Betrag auf 200,- € je ha steigen. Zum anderen liegt der Hof in einer Region, für die nach dem Bergbauernprogramm ohne weitere Auflagen nach der landwirtschaftlichen Vergleichszahl ausdifferenzierte Sätze je ha gezahlt werden. Um bayerische Höfe in intensiven Grünlandregionen nicht ganz von der Förderung auszuschließen, können Höfe mit mindestens 80% Grünlandanteil auch mit einem Viehbesatz von 2,5 GV/ha noch die Grünlandförderung bekommen.

„Bevor es gar nicht's gibt, soll eine Grünlandprämie eingeführt werden“, wertet Georg Wallner, Bauer aus dem baden-württembergischen Allgäu. Auch dort wird über das Markt-Entlastungs- und Kulturlandschafts-Ausgleichsprogramm (MEKA) Grünland gefördert. Georg Wallner selbst nimmt gerade nicht am MEKA teil, das größtenteils EU-kofinanziert ist. Denn er hat einige Wiesen umgebrochen, was das Programm verbietet, um selbst aus-

Förderung: Grünland

Dem Grünland - Stiefkind der EU-Agrarpolitik - wollen wir in diesen Sonderseiten unsere Aufmerksamkeit schenken. Die MacSherry-Reform von 1992 hat die Benachteiligung von Grünland, und damit ganzer Regionen, festgeschrieben. Seitdem kämpft sich herbsttags schweres Gerät gar durch Marschen, um Silomais einzubringen. Doch auf welche Weise wird das Grünland, das eigentliche Zuhause der Kuh, gefördert? Und wie könnte die zukünftige Grünlandpolitik aussehen? Hier gibt's eine kleine Kostprobe der Förderpolitik, dazu einen Blick nach vorn.

Diese Sonderseiten werden im Rahmen des AbL-Projekts „EU-Instrumente zur Förderung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“ erstellt. Das Projekt wird von der EU unterstützt.

Redaktion: Alexandra Burmann

Tel: 02381-9053170, Fax: 02381-492221

reichend Kraftfutter auf Ackerflächen für seine Tiere anbauen zu können. Bei einem Viehbesatz bis zu 2,0 GV/ha und dem Verzicht von flächiger Ampferbekämpfung könnte er sonst ca. 90 €/ha bekommen. Seine großen Bedenken bei der Grünlandprämie be-

Fortsetzung Seite 13 unten

Spielraum statt starrer Grenzen

Gedanken zu bisherigen und neuen Wegen für Bauern in viehintensiven Grünlandregionen

Die Grünlandförderung läuft in Bayern hauptsächlich über das Kulturlandschaftsprogramm (KuLaP), ein Programm der zweiten Säule der EU. Dabei soll durch die „Förderung extensiver Bewirtschaftungsweisen die Sanierung, Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft gewährleistet werden.“

Das KuLaP wird in vielen Regionen gut angenommen. In den intensiven Grünlandgebieten mit relativ hohem Viehbesatz stehen die Bauern diesem Programm jedoch recht ablehnend gegenüber. Der Grund ist die Viehbesatzgrenze von 2 GV/ha, da in diesen Regionen nicht selten Besatzdichten von bis zu 3 GV/ha zu finden sind. Diese Ablehnung gilt im übrigen für alle Forderungen und Förderungen, die mit diesem Reizbegriff 2 GV/ha irgendwie verknüpft sind.

Die einzige Möglichkeit, die diese Bauern sehen, in den Genuß der Fördermittel zu gelangen, ist eine Ausweitung der Flächen. Dies wiederum setzt jedoch Strukturwandel voraus, d.h. Es müssen Kollegen aufhören, damit diese Ausweitung möglich wird. Nicht selten wird mit harten Bandagen um frei gewordene Flächen gekämpft, bzw. werden große Entfernungen zum Hof in Kauf genommen.

Die andere Richtung, nämlich eine Abstockung des Viehbesatzes, schlagen nur sehr wenige ein. In vielen Fällen würde dies zu einer Unterlieferung der Milchquote und damit zu Einkommensverlust führen. Außerdem kratzen leere Stallplätze am Selbstbewußt-

sein vieler Bauern: War nicht jahrzehntelang (Höchst-)Leistung gefragt und gefordert? Dies war die Skala, auf der man sich selbst einordnen konnte. Wenn dann auf einmal eine extensivere Wirtschaftsweise belohnt wird, bedeutet das eine Abwertung der bisherigen Bewirtschaftungsmethoden – oder wie es ein Bauer ausdrückte: „Wenn ich jetzt plötzlich so (= extensiver wirtschaften würde, würde ich ja damit sagen, daß ich bisher falsch gewirtschaftet habe.“ Hier



In viehintensiven Grünlandregionen wie Illerwinkel ist die Viehbesatzgrenze 2 GV/ha ein Reizbegriff. Foto: Jasper

wird auch die große Unsicherheit darüber sichtbar, was denn heute einen „guten“ Bauern ausmacht.

Deshalb wäre es wichtig, sozusagen als Brücke, im Rahmen der zweiten Säule zusätzliche Programme zu entwickeln, denen andere wichtige, vom Viehbesatz aber unabhängige Kriterien zugrunde liegen, so z.B. der Anteil landschaftsprägender bzw. ökologisch wertvoller Elemente wie Hecken, Bäume, Streuobst- oder Streuwiesen usw. Zusätzliche Möglichkeiten der Einkommensverbesserung wie Vermarktung, regenerative Energien, Biomasse und viele andere müssen noch stärker ins Blickfeld der Bauern rücken. Es sollte auch noch einmal darüber nachgedacht werden, ob es zu der starren Viehbesatzregelung nicht doch eine flexiblere Alternative z. B. im Rahmen einer Nährstoffbilanz gibt, da der fixe

Grenzwert in den weniger intensiven Regionen ebenfalls nicht unproblematisch ist.

Auf diese Art und Weise könnte für den einzelnen Betrieb der Spielraum entstehen, der nötig ist, um zu einem standortangepassten Viehbesatz zu kommen, was ja letztlich das angepeilte Ziel sein muss.

Elisabeth Waizenegger, Landesvorsitzende der AbL-Bayern und Mitglied im Bundesvorstand der AbL



Für eine unübersichtliche Grünlandprämie

Einige Notizen zum Zusammenhang von flächenbezogener Ausgleichszulage und den Pachtpreisen

Die Einführung einer Grünlandprämie gehört zu den wichtigsten agrarpolitischen Forderungen der Abl. Sie muss erfolgen, um die krasse Benachteiligung der grünlandbetonten Milchvieh- und Rinderhaltung zu beseitigen. Sie muss auch erfolgen, um die Benachteiligung grünlandreicher Regionen zu beenden. Hinzu kommt, dass Grünland und Weidegang aus vielerlei Gründen wichtig für das Wohlergehen der Tiere sind. Das legt allein schon die Tatsache nahe, dass die beiden Regionen das höchste Durchschnittsalter ihrer Herdbuchkühe aufweisen, bei denen Grünlandnutzung und Weidegang immer noch eine große Rolle spielen: Holstein-Schwarzbunte haben ein durchschnittliches Lebensalter von 4,9 Jahre, dagegen Verein ostfriesische Stammzüchter 5,3 Jahre; Allgäuer Braunvieh 5,4 Jahre. Auch an den großen Einfluss des Weidegangs auf die Milchqualität sei hier erinnert, wie günstige Fettsäuremuster, hoher Anteil an konjugierter Linolsäure.

Die Grünlandprämie muss eingeführt werden, aber wie, wenn die Prämie zum Anstieg der Pacht führt? Die Zusammenhänge zwischen Flächenförderung und Pachtpreis sind im Prinzip eindeutig, in der Praxis aber kompliziert und unübersichtlich. Aus den Erfahrungen mit den Flächenprämien im Ackerbau kann man meiner Beobachtung nach aber ableiten:



Kompliziert fördern!

Flächenprämien führen zu einem Anstieg der Pachtpreise. Die Statistiken dazu sind wenig aussagekräftig, da sie längst nicht alle Vorgänge erfassen.

soziale Pachtpreise

Wie stark der Einfluss der Flächenprämien auf die Höhe der Pachtpreise ist, hängt wesentlich davon ab, wie der örtliche Pachtmarkt funktioniert. Ist er noch traditionell-sozial bestimmt (Verpachtung in der Familie, an frühere Schulkameraden, Kollegen aus dem Sportverein, ...), bewegt sich wenig. Ist er aber stärker bestimmt durch Bauern, die bisher selbst im Haupterwerb tätig gewirtschaftet haben und die „Spielregeln“ kennen, jetzt aber als Verpächter auftreten, geht es nur noch um die Höhe des Pachtpreises. Ähnlich kann es sein, wenn die Verpächter aus Familien stammen, die schon lange keine Landwirtschaft mehr haben.

Der Anstieg der Pachtpreise und/oder der Fall der Erzeugerpreise hängen wesentlich auch davon ab, ob die Flächenprämie allgemein/überall gewährt wird oder nur einzelnen Betrieben. So hat die allgemeine Einführung der Förderung von Bio-Betrieben ohne Frage zu einer Reaktion des Handels geführt. Dieser Effekt trat dagegen nicht auf bei Betrieben, die an anderen Formen der Extensivierung wie Grünlandextensivierung oder Vertragsnaturschutz teilnahmen. Da es sich dabei um eine individuelle Entscheidung eines Betriebes handelte, weder vom Handel noch vom Landverpächter ohne weiteres erkennbar war, kam es hier nicht zur Überwäl-

zung der Flächenförderung an die Landeigentümer. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass eine allgemeine Verstärkung der Flächenbindung der Tierhaltung ebenfalls zu einem Anstieg der Pachtpreise in Regionen mit hoher Viehdichte führt; in Abhängigkeit davon, ob Höfe als Antwort auf diese Maßnahme mit der Tierhaltung aufhören und selber zu Landverpächtern werden.

Meine Schlussfolgerung lautet: eine Grünlandprämie ist dringend erforderlich. Damit aber ein möglichst großer Teil auf den Höfen bleibt und nicht als Pachtpreiserhöhung an den Landeigentümer weitergereicht wird, sollte sie möglichst differenziert und unübersichtlich sein. Das heißt, sie sollte in ihrer Höhe deutlich von betrieblichen Verhältnissen abhängig gemacht werden:

z.B. Viehbesatz, Betriebsgröße bzw. Zahl der Arbeitskräfte, Höhe der Milchleistung, Vorhandensein von Weidegang, Kühe mit oder ohne Hörner, ein- oder Doppelnutzungsrasse, Anteil hofnah vermarkteter Milch und vermarktetes Fleisch.

Schlussbemerkung

Die „Entkoppelung der Preis- und Einkommensfunktion“ ist die allgemeine Grundlage für Preisausgleichszahlungen. Sie ist somit auch die Ursache für zum Teil stark steigende Pachtpreise; sie ist – viel grundsätzlicher – ebenfalls die Grundlage für die durchgängige Bürokratisierung der Landwirtschaft, die alle Bauern in den Status potenzieller Subventionsbetrüger gesetzt hat.

Neben der Beeinflussung des jetzigen Systems durch Einführung der Grünlandprämie – sollten wir verstärkt wieder darüber diskutieren, wie eine langfristige tragfähige Beziehung Landwirtschaft-Gesellschaft aussehen kann.

Onno Poppinga

Fortsetzung von Seite 12

gründet Georg Wallner mit der Frage, ob die Prämie dann wirklich bei den Bauern landet: „Bei Pachtpreisverhandlungen mit Grundstücksbesitzern oder deren Verwaltern rechnen sie uns doch genau vor, was wir von staatlicher Seite bekommen.“

Eine langfristige Planbarkeit für den Viehbesatz fordert Bernhard Sirch. „Bei uns gibt es keine Alternative zum Milchvieh. Wir haben den hohen Viehbesatz ja nicht aus Jux und Dollerei erreicht.“ Größtenteils werde die Senkung des Viehbesatzes über Zupacht, teils über Leistungssteigerungen der Kühe erreicht. Wenn nun statt 2 jetzt 1,8 GV/ha im Gespräch seien, rennen in manchen Gegenden Bauern fünf Jahre lang wieder dem Pachtland hinterher. Ein gewisser Puffer bei den gehaltenen Tieren sei auch notwendig, führt Bernhard Sirch aus: „das packe ich ansonsten nervlich nicht, wenn ich

dann in einem Jahr mal ein paar Kälber mehr habe“. Höfe, die sich auf die extensive Haltung eingelassen haben, profitieren in Baden-Württemberg vom

MEKA. Im oberschwäbischen Rottal hält Karl Rettich 170 Mutterkühe, für die er neben allgemeinen Tierprämien aufgrund des Viehbesatzes von unter 1,4

GV/ha noch mal ca. 100,- € Zusatzprämie bekommt. Bei 1,4 GV/ha reicht der natürliche Aufwuchs satt und so rechnet sich der Verzicht auf mineralischen Stickstoffdünger trotz zusätzlicher Flächenpacht. Für sein Grünland erhält er ca. 90,- €, wegen der extensiven Haltung noch weitere 40,- € je ha Hauptfutterfläche.

Ökologische Ziele stehen in den vorgestellten Kulturlandschaftsprogrammen im Vordergrund. Wie die Grünlandförderung auch enger an Arbeitskräfte in der Milchviehhaltung geknüpft werden, auf diese soziale Fragen fehlt hingegen noch die fertige

ms



Auch die Arbeit auf und ums Grünland muss gefördert werden.

Foto: Jasper



Wo bleibt das Grünland?

Schritte zur grünland- und ackergrasorientierten Viehhaltung

Über ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland ist Grünland, in einigen Bundesländern wie in Schleswig-Holstein über 40 %. Der Anteil ist leicht rückläufig und besonders die wertvolle Weidenutzung hat stark abgenommen. Grünland ist historisch fast ausschließlich als Kulturlandschaft geschaffen worden, um Gras zu Fleisch und Milch zu veredeln. Die Grünlandnutzung ist für viele Betriebe ein hoher Teil und oft die einzige Grundlage des Einkommens. Ungefähr zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe und Regionen und damit der Arbeitsplätze finden wir in der Rindviehhaltung. Seit Mitte der 90er Jahre fällt die Einkommensentwicklung dieser Betriebsgruppe hinter denen von Marktfrucht und Veredelung zurück. Etwas über



Heu und Weide sind teureres Futter für Kühe, so lange der Mais Prämien bekommt und Grünland nicht.
Foto: Jasper

75 % der Verkaufserlöse sind aus der Milchproduktion. Besonders seit der EU-Agrarreform von 1992 hat der prämierte Maisanbau deutlich an ökonomischem Vorteil gegenüber Grünland gewonnen. Im Ackerfutterbau hat der Mais seit 1992 zum Teil bis zu 80 % zugenommen. Die alte Vielfalt mit Kleegrass oder Rüben finden wir nicht mehr im Ackerfutterbau. Ohne Prämien sind viele Kulturen seit den Preissenkungen der EU-Agrarreformen nicht mehr wettbewerbsfähig. Futtergewinnung von Grünland erfordert eine kostenintensive Vielschnitt-Nutzung, um eine hohe Energiekonzentration zur Absicherung der steigenden Milchleistung einzuwerben. Mit den heutigen Wettbewerbsverschiebungen zwischen den Futtergrundlagen durch Prämien und Welthandelsbedingungen wird die Kuh immer mehr zur Sau gemacht. Die Rindviehhaltung löst sich so mehr und mehr vom Grünland. Ökonomisch bevorzugte Futtermittel sind neben Mais immer mehr Fertigfuttermittel mit Importproteinen und Reste industrieller Lebensmittelverarbeitung. Weidemast ist nicht mehr wettbewerbsfähig.

Für die Milchkuh von morgen muss die Grünlandnutzung wieder attraktiv sein. Die Weidehaltung muss bis hin zum Preis für die Milch eine ganz andere Bewertung bekommen.

Agrarwende im Grünland

Die Strategie der EU ist weltmarkt- und exportorientiert. Hiesige Überschüsse werden subventioniert bzw. zu niedrigen Erzeugerpreisen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Im Gegenzug setzt der Import von billigen Eiweißträgern die Bedeutung der eiweißreichen Grünlandaufwüchse herab. Mit Blick auf die WTO ist davon auszugehen, dass nur solche Förderungen Bestand haben, die produktionsunabhängig sind und mit Blick auf soziale und ökologische Kriterien gestaltet werden. Wo stehen wir jetzt?

– In der EU werden ca. 10 Mrd. € für Direktzahlung als Flächenprämien wie für Getreide, Raps, Hülsenfrüchte ausgegeben. Das Einbehalten von Geldern

auch nach sozialen Kriterien ist bis zu 20 % der Direktzahlung möglich. Die Modulation wird in Deutschland bisher nicht angewendet, geplant ist sie ab 2003. Verwendet werden kann dieses Geld dann in der Zweiten Säule für neue Programme, die national kofinanzieren sind.

– Gut 7 Mrd. € fließen als Bullen-, Ochsen-, Mutterkuh- und Schlachtpremien. Im Ergebnis bevorzugt das System intensive Mast. Es gibt zwar

eine Bindung an Futterfläche, aber keine Bindung an Grünland oder Ackerklee gras. Auch die 90er Bullengrenze wird bei uns nicht angewandt. Ein kleiner Teil der Rinderprämie könnte schon jetzt Grünland-orientiert gezahlt werden (ca. 30 € pro ha).

– In der Agenda 2000 ist ab 2005 eine Milchprämie vorgesehen. Sie soll die Senkung des Milchpreis um ca. 50 % kompensieren. Erfolgt die Bindung dieser Prämie voll an den Liter Milch - wie bisher geplant -, treibt und begünstigt sie weiter einseitig die Höchstleistung der Einzelkuh. Schon nach derzeitigen EU-Vorgaben könnten davon ca. 30 € pro ha fürs Grünland gegeben werden.

– Die mögliche Bindung der oben erwähnten Gelder an Umweltauflagen (cross compliance) findet in Deutschland bisher nicht statt.

Nur über nationale Extensivierungsprogramme werden von der EU Grünlandprämien kofinanziert. Wir finden in den Bundesländern, je nach Reichtum wegen der Kofinanzierung der Länder verschiedene Grünlandprämien:

- Grünland-Extensivierungs-Programme
 - Vertragsnaturschutz
 - Als Ausgleich für von der Natur benachteiligte Gebiete
- Einkommens- und Beschäftigungswirkung sind be-

grenzt. Heute sind von 5 Mio. ha Grünland in Deutschland ca. 1/4 mit Naturschutz und Extensivierungsverträgen belegt. Diese Flächen können überwiegend nur für ökonomisch problematische Betriebszweige wie Mutterkuhhaltung, Ochsenmast und Färsenaufzucht genutzt werden.

Die Grünlandprämien sind meist nicht hoch genug, um den Wettbewerbsanforderungen einer auch ökonomisch vertretbaren Futtergewinnung für Milchvieh gerecht zu werden.

Die Grundprämie für die Fläche

Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass Grünland eine Grundprämie, wie andere Kulturen bekommen muss. So kann eine Benachteiligung der letzten zehn Jahre beseitigt werden und wieder eine In-Wertsetzung des Grünlands erfolgen. Um EU-weit in der Höhe den unterschiedlichen natürlichen (Klima/ Boden) Gegebenheiten gerecht zu werden, kann, wie ja auch bei den bisherigen Flächenprämiensystemen mit groben Ertragsparametern differenziert werden. Die nationalen Plafonds für die Tierhaltung ergeben wohl schon jetzt mindestens 600 DM pro ha Grünland in Deutschland. Grünlandstützung mit seinen hohen ökologischen Möglichkeiten muss gleich wie andere landwirtschaftliche Flächen behandelt werden.

Dass die Prämien auch auf den Höfen ankommen, kann mit weiteren ökologischen und sozialen Vorgaben zur Staffelung der Prämie gesichert werden. Nach:

- Mindestnutzung der Fläche, z.B. 1 GV pro ha
- Anteil der Weidenutzung
- Degressive Staffelung bei steigendem Viehbesatz - so extensivierende Wirkung
- Bei der Modulation sind besonders die realen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen.
- Anteil des Grünland/ Ackerklee gras pro Rind, Kuh
- Mindestfläche von Grünland und Ackerklee gras bei der Milcherzeugung

Eine Grünland-orientierte Grundprämie sticht als positiver Ansatz einer neuen Agrarpolitik hervor: Sie ist vor der WTO Greenbox-fähig, sie führt zu einer Grünland- und Ackergras-orientierten Viehhaltung. Die Bandbreite der Funktion des Grünlands von wertvoller Nahrungsmittelerzeugung über Kernelement der Kulturlandschaft, dem Tourismus, hin zu Wasser, Umwelt- und Naturschutz, erzwingen geradezu die Arbeit auf dem Grünland in der Neuausrichtung der Agrarpolitik auch in den Prämien neu zu bewerten. Finden sich die verschiedenen Kräfte, denen Grünland am Herzen liegt, nicht zu einer starken Interessensvertretung zusammen, sitzt die Lobby wieder woanders. Die Neuausrichtung der Agrarpolitik ist kein Spaziergang. Hier gibt es starke Interessensgruppen, die ihre Pfründe verteidigen. Die Agrarwende fürs Grünland darf nicht im wahrsten Sinne des Wortes brach fallen.

Bernd Voss, Mitglied im Abl-Bundesvorstand

Mehr Hintergrund in „Die Zukunft der Grünlandbewirtschaftung: Wenden oder nicht wenden“ im Kritischen Agrarbericht 2002. s.S.21

Ungereimtheiten bei BSE

Im Rahmen einer Diplomstudie besuchte Stephanie Rethwisch betroffene Höfe in Bayern. Begleitet wurde sie von Mark Purdey, Bio-Bauer aus Großbritannien, der seit Jahren zu BSE forscht und Fragen aufwirft, die über die Verurteilung von Tiermehl hinausgehen.

Meine Diplomarbeit zu BSE begann ich im Januar 2001 aus persönlichem Interesse an dem aktuellen Thema. Sehr bald geriet ich an Fragen, die mit der Annahme, dass über Tiermehl verbreitete, krankhaft veränderte Eiweiße, sogenannte Prionenproteine die Krankheit auslösen, nicht erklärt werden konnten.

BSE ist keine Seuche

Prionen werden im Organismus unter anderem im Nervengewebe gebildet, sind somit vor und nicht erst mit der „Infektion“ im Nervensystem vorhanden. Der Erreger – in diesem Fall ein verändertes Eiweiß dringt angeblich über den Darmtrakt in den Organismus ein und vermehrt sich im Lymph- und Nervensystem, ruft allerdings im Blut und im Lymphgewebe keinerlei Veränderungen hervor. Aus diesem Grunde gelten Milch und Fleisch bisher als nicht infektiös. Der Erreger muss, so er denn von außen eingedrungen ist, wie bei anderen Infektionskrankheiten – zu irgendeinem Zeitpunkt in Blut oder Lymphe streuen, um in das Gehirn gelangen zu können. Alternativ könnten vorhandene Prionen auch durch in das Nervensystem eindringende Faktoren geschädigt werden und entarten, das Fehlen eines nachweisbaren Infektionsweges wäre so erklärbar. Für diese Annahme spricht, dass die „infektiösen“ Prionen beim Fall von BSE und ähnlichen Krankheiten lediglich in ihrer räumlichen Struktur verändert sind, aber hinsichtlich der Aminosäuresequenz mit den körpereigenen Prionen identisch sind, was die Herkunft des Erregers aus Futter oder Umwelt noch unwahrscheinlicher macht. Somit wäre BSE keine Infektionskrankheit im herkömmlichen Sinne. Auf der Suche nach anderen Erklärungen interessier-

ten mich vor allem nichtinfektiöse Entstehungsfaktoren für BSE und ich entschloss mich zu einer Feldstudie.

Betroffene Höfe in Bayern

Insgesamt konnte ich 28 Höfe in Bayern für die Studie gewinnen. In jedem Bestand war nur eine Kuh von BSE betroffen. Würde es sich bei BSE um eine Infektionskrankheit handeln, hätten mehrere Tiere im Bestand erkranken müssen. Auffällig war die Verteilung der Betriebe innerhalb Bayerns: In den nördlichen und östlichen Landkreisen war jeweils ein BSE-Fall aufgetreten. Im südlichen Bayern kann man eine regionale Häufung im Westen von Oberbayern an der Grenze zu Schwaben beobachten. Die Betriebe unterschieden sich erheblich. Meist betroffen waren kleine bis mittelständische Betriebe. Die Größe der Rinderbestände schwankte erheblich von acht Mutterkühen bis über 200 Tiere. Ebenso unterschiedlich waren die Haltungsbedingungen: Anbinde-, Laufstall oder ganzjährige Weidehaltung. Die Landwirte setzten mit wenigen Ausnahmen keine Pestizide ein und verwendeten Medikamente beim Vieh lediglich in akuten Fällen, keinesfalls aber zur Vorbeugung oder Leistungsförderung.

Mineralstoffübersversorgung

Der Milchaustauscher der inzwischen in Konkurs geratenen Allgäuer Firma Alma ist mit den BSE-Fällen in Zusammenhang gebracht worden, da er möglicherweise tierische Eiweiße enthielt. Die Verfütterung dieses Produktes wurde von einigen Bauern bestätigt. Leider konnte die Staatsanwaltschaft keine Proben dieses Futtermittels beschlagnahmen und untersuchen lassen. Dennoch könnte der Milchaustauscher auch in anderer Form, nämlich über eine Übersversorgung mit Spurenelementen an der Entstehung von BSE beteiligt sein.

Kälber und andere Jungtiere haben eine noch unreife Blut-Hirn-Schranke, welche die Aufnahme von für das Gehirn schädlichen Stoffen verhindert. Die futterabhängige Konzentration von Mineralien und Spurenelementen im Blut entspricht in dieser Lebensphase den Konzentrationen dieser Stoffe im Gehirn. Die für Kälber als optimal anzusehende Zusammensetzung von Kuhmilch unterscheidet sich gravierend von der Zusammensetzung der heute verfütterten Milchaustauscher. Milchaustauscher werden im Vergleich zu normaler Kuhmilch mit um das Hundertfache überhöhten Konzentrationen von Mineralien und Spurenelementen angereichert. Ein Liter normale Kuhmilch enthält etwa 0,003 mg Mangan (im Vergleich zu 5 mg im Milchaustauscher), 0,017 mg Kupfer (2-3 mg) und 0,380 mg Zink (5 mg) und 0,045 mg Eisen (10 mg). Weiterhin sind die Verhältnisse dieser Elemente zueinander verändert. Dieses Übermaß und Missverhältnis an Spurenelementen reichert sich im Gehirn an und kann durch von außen auf das Nervensystem wirkende Einflüsse weiter aktiviert werden und Zellen im Gehirn zerstören.

Oxidativer Stress

Bestimmte Umwelteinflüsse wie Chemikalien (Pestizide) oder Strahlung (UV, Radar, Radioaktivität) lösen im Organismus sogenannten oxidativen Stress aus, der zu einer direkten Schädigung von Zellstrukturen führt. Diese Umwelteinflüsse erzeugen aggressive Formen von Sauerstoff, freie Radikale oder stark positiv geladene Metallionen, die bei einem Versagen der körpereigenen Schutzmechanismen Schäden der Erbsubstanz oder Krebs hervorrufen sowie Zellmembranen zerstören.

Bei der Begehung der Ställe habe ich versucht, entsprechende Faktoren zu ermitteln und konnte verschiedene oxidative Stressfaktoren feststellen: In einigen Fällen war die BSE-Kuh einer stärkeren Lichteinstrahlung ausgesetzt gewesen als die anderen Tiere. Beim Fleckvieh sind vor allem die hellen, pigmentarmen Tiere betroffen, die lichtempfindlicher sind als die anderen. In der Netzhaut des Auges vorhandene Prionen können unter Lichteinfluss in die krankhafte Form von Prionen umgewandelt werden. Ähnliche Auswirkungen hat die von Militär- sowie Passagierflugzeugen ausgesandte Radarstrahlung. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die meisten BSE-Fälle auf Gebiete mit Militärflughäfen konzentrieren und hier in einigen Ortschaften sogar in zwei Beständen ein BSE-Fall aufgetreten ist. Auch andere Erkrankungen wie Multiple Sklerose und Parkinson scheinen in diesen Gegenden häufiger aufzutreten.

Was sagt der BSE-Test aus?

Einiges spricht dafür, dass Prionenproteine eine Begleiterscheinung von BSE sind. Doch gab es in Großbritannien immer wieder vereinzelt sogenannte BSE-negativ-Fälle. Diese Rinder zeigten BSE-typische Symptome, ohne dass veränderte Prionen nachweisbar waren. Auch unter Laborbedingungen konnten bei Versuchtieren, die für diese Krankheiten typischen Veränderungen im Gehirn, in allen Fällen hervorgerufen werden. Lediglich bei der Hälfte der Tiere konnten auch veränderte Prionen nachgewiesen werden. Dadurch werden Definition und Diagnose von BSE durch den Nachweis veränderter Prionenproteine zweifelhaft und die Aussagen des BSE-Tests müssen noch einmal überdacht werden.

Stephanie Rethwisch

Preis für Zivilcourage

Für ihre Zivilcourage hat die Tierärztin Margrit Herbst den „Whistleblowerpreis“ 2001 erhalten. Sie hatte als Angestellte des NFZ-Schlachthofs Bad Bramstedt seit 1990 auf mehrere BSE-Verdachtsfälle hingewiesen und schließlich die Öffentlichkeit informiert. Die Folgen: Kündigung, öffentliche Diffamierungen, Prozesse, Leben von einer kleinen Rente. Seither kämpft die mutige Tierärztin um ihre Rehabilitierung. Nun wurde sie mit dem „Welt-Ethik-Preis für Zivilcourage 2001“ ausgezeichnet. Jetzt ehrten sie internationale Juristenvereinigung, Ethikschutzkommission und Vereinigung Deutscher Wissenschaftler mit dem „Whistleblowerpreis“. Das amerikanische Wort bedeutet „Alarmschlagen“ und bezeichnet in den USA eine Kultur der Bürgerbeteiligung. Der Bundesverwaltungsrichter Dieter Deiseroth hat das in seinem Buch „Whistleblowing in Zeiten von BSE – der Fall der Tierärztin Margrit Herbst“ (Berlin-Verlag) dokumentiert. en

BSE-Lebendtest rückt näher

Auf dem Weg zu einem Lebend-Test auf BSE sind Wissenschaftler der Universität Göttingen „einen großen Schritt“ vorangekommen. Es sei gelungen, im Blutserum infizierter Tiere charakteristisch veränderte Nucleinsäuren nachzuweisen, teilte Prof. Brenig vom Tierärztlichen Institut mit. Er rechne mit einer weiteren Erprobungsphase von einem halben Jahr. en

Überzogene Kosten

Landwirte bekommen für den BSE-Test je nach Schlachthof und Metzgerei noch deutlich über 25 Euro in Rechnung gestellt – teilweise bis zu 75 Euro. Die Kosten für den Test sind mittlerweile allerdings auf unter 25 Euro gefallen. pm

CPE-Kampagne

Was sind Deiner Meinung nach die drei wichtigsten Punkte in der Position der CPE?

Das Bauernsterben verhindern durch Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe. Der Preis der Produkte muss das ausschlaggebende Moment für das Einkommen der Bauern sein. Und die neuen und die alten Mitglieder der EU müssen gleichbehandelt werden.

Wie stehst Du zu Fischlers jüngsten Äußerungen in Berlin bezüglich einer progressiven Einführung von direkten Beihilfen?

Da die Agenda 2000 nur ein bestimmtes Budget vorsieht, versucht die EU die Kosten bei der Aufnahme der neuen Länder so gering wie möglich zu halten. Meine Vermutung geht dahin, dass auch die Ausgleichszahlungen für die alten Mitgliedsstaaten mit der Zeit verringert werden, damit sich die verschiedenen Niveaus irgendwann treffen.

Was werden die nächsten Schritte in Portugal und auf CPE-Ebene sein?

In Portugal nutzt meine Organisation, die C.N.A., die institutionellen Verbindungen ebenso wie Demonstrationen, um eine Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik zu erreichen. Auf CPE-Ebene haben wir eine Kampagne für eine andere Agrarpolitik begonnen. Wir werden die Verbindung zu Bauern in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufnehmen, die Zusammenarbeit mit der internationalen Kleinbauernbewegung VIA CAMPESINA verstärken und Allianzen mit anderen Organisationen suchen, die sich ebenfalls für eine andere Welt, eine andere Agrarpolitik einsetzen.



Joao Viera (62) bewirtschaftet 10 ha in Portugal, 4 ha Wein, 6 ha Eukalyptus und Oliven. Er ist Mitglied der portugiesischen Kleinbauernbewegung C.N.A. und im geschäftsführenden Vorstand der CPE.

EU-Beitrittsverhandlungen

Beitrittswillige Länder müssen gewisse demokratische Grundvoraussetzungen wie z.B. Beachtung der Menschenrechte erfüllen und bereit sein, den gemeinsamen Besitzstand der EU an Rechtsvorschriften (sog. Acquis communautaire) zu übernehmen. Im ersten Schritt werden sie dann dem sog.

ten ist für das Jahr 2004 geplant. Im letzten Halbjahr wurden unter belgischer EU-Präsidentschaft mit den Beitrittsverhandlungen für den phytosanitären und veterinären Bereich der Landwirtschaft begonnen. Seit dem 1.1.2002 hat Spanien die Ratspräsidentschaft und wird neben der Fort-



Fotos: Bahrmann

Polens Landwirtschaft

38 % der polnischen Bevölkerung lebt auf dem Land, davon arbeiten 44 % in der Landwirtschaft. 34% der privaten Betriebe haben weniger als 5 ha, nur 8,5 % mehr als 15 ha. Auch die Ausstattung der Höfe ist mager: 40 % der Höfe, die zusammen 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, verfügen weder über Trecker noch Pferd. Die ehemaligen Staatsgüter, 7,2 % der polnischen Betriebe und hauptsächlich im Norden gelegen, bewirtschaften 18,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Screening unterzogen, in dem festgestellt wird, in welchen Bereichen sich diese Länder der EU-Gesetzgebung noch anpassen müssen und wo Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu erwarten sind. Dieses Screening ist sehr umfassend und betrifft weite Teile der Gesetzgebung und Staatsorganisation. Der besseren Handhabung wegen wurde eine Unterteilung in 31 Kapitel vorgenommen, die dann einzeln verhandelt werden; eins davon ist die Landwirtschaft. Die Beitrittsländer sind verpflichtet, einen jährlichen Bericht über die Fortschritte und Schwierigkeiten abzufassen. Beklagt werden vor allem Korruption und Schattenwirtschaft. Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen beginnen mit der Präsentation der Verhandlungspositionen der Beitrittsländer. Die Mitgliedsländer sprechen mit einer Stimme. Bereits vor dem offiziellen Beitritt können die Länder finanzielle Beihilfen in Anspruch nehmen, vor allem aus den Programmen PHARE (allgemein zum Aufbau von Institutionen) und SAPARD (speziell für Landwirtschaft und ländlichen Raum: entspricht der Verordnung ländlicher Raum in der EU und damit der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik). Der Beitritt der zehn Kandidatenstaa-

führung der begonnenen Verhandlungen die Diskussion in den Bereichen: finanzielle Aspekte der Landwirtschaft, Regionalpolitik und Budget eröffnen. Zu rechnen ist mit einem Abschluss der Verhandlungen gegen Ende 2002, Anfang 2003.

Zum Bereich Landwirtschaft gibt es bisher an offiziellen Stellungnahmen nur die Positionen der Beitrittsländer. Von den Mitgliedsländern liegt bisher offiziell nur die Aussage der Agenda 2000 vor. Die EU-Kommission wird die Verhandlungsstrategie zur Landwirtschaft bis Ende Januar vorlegen, was mit Spannung erwartet wird. Durchgesickert ist bisher, dass an eine progressive Einführung von direkten Beihilfen über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren gedacht wird, die in ihrer Höhe allerdings nicht das Niveau der bisherigen Mitgliedsländer erreichen sollen. Begründet wird dies damit, dass eine Anpassung an das derzeitige Niveau die regionalen Einkommenslevel durcheinanderbringen und die nötigen Strukturereformen verhindern würde. Die meisten Beitrittsländer fordern Gleichbehandlung mit den Mitgliedsländern, Übergangsperioden würde sie zu Mitgliedern zweiter Klasse stem-peln.

Sibylle Bahrmann

Kolonialismus

Welches sind Deiner Meinung nach die wichtigsten Diskussionspunkte bezüglich der EU Osterweiterung?

Das „Projekt EU“ ist deshalb ein Erfolg geworden, weil man nicht alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen hat, sondern weil man sich bestimmte Regeln gegeben hat, nach denen die Akteure in den verschiedenen Bereichen sich dann richten mussten. Die Periode der Vorverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) erinnert allerdings an koloniale Vorgehensweisen, wobei wichtige Bereiche der Wirtschaft unter der Kontrolle der Konzerne des Agrar- und Lebensmittelsektors stehen. Die MOEL brauchen eine Übergangsperiode, während der die Beihilfen hauptsächlich in ihre Entwicklung fließen sollten und ihnen das Recht zugestanden wird, sich gegen aggressive Importpraktiken zu schützen.

Welche wichtigen Eindrücke hast Du aus Polen mitgenommen?

Es gibt sehr viel Skepsis und Enttäuschung der Bevölkerung bezüglich Politik und Interessenvertretung. Die polnischen Bauern brauchen mehr Informationen über die reale Situation der Bauern in der EU. Sie müssen wissen, welche Spielregeln ab 2004 gelten. Durch die EU-Osterweiterung haben wir die Chance, eine andere gemeinsame Agrarpolitik durchzusetzen, die der bäuerlichen Landwirtschaft eine Chance gibt.

Die Interviews führte Sibylle Bahrmann.



Christian Boisgontier (53) bewirtschaftet zusammen mit seiner Frau einen 30 ha Hof (21 ha Weide, 9 ha Mais) mit 134.000 l Milchquote und kleiner Cidre-, Calvados- und Apfelsaftproduktion in der Normandie. Er ist Sprecher der französischen Bauernkoordination CP und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der europäischen Bauernkoordination CPE, dem Dachverband europäischer Bauernorganisationen.

Polen und die EU-Osterweiterung – ein Reisebericht

In unserem Dorf gibt es 20 Höfe, davon haben nur sieben einen Milchtank. Die anderen werden aufgeben müssen ... Mit der EU ist es wohl ähnlich wie mit der Sowjetunion: voller Kontrollen, Quoten, Subventionen. Dieses System wird uns aufgezwungen und wir müssen es ertragen. Was wir wollen zählt nicht.“ Der Bauer in einem kleinen Dorf im Osten Polens macht keinen Hehl aus seinen Befürchtungen. Ein Anderer geht sogar noch weiter: „Es ist nicht das erste System, das man uns aufzwingt, wir wissen, wie man Widerstand leistet und trotzdem sein Schäfchen ins Trockene kriegt!“ Solche Meinungen hören wir öfter auf unserer Reise durch den Osten und Süden Polens. Die französische Bauernorganisation Confédération Paysanne (CP) hat eingeladen zu dieser Reise, vor Ort wollen sie sich ein Bild machen von den Bedingungen der EU-Osterweiterung. Unter der fachkundigen Führung von Pjotr Dabrowsky, ehemaliger stellvertretender Landwirtschaftsminister Polens, fahren neun Franzosen und sechs Mitglieder der europäischen Bauernkoordination CPE durch Warschau raus aufs Land. Ikea, Praktiker, Mc Donald's, die Globalisierung hat Warschau längst erreicht. Die Dörfer erzählen wieder andere Geschichten: Pferdefuhrwerke, Trecker unbekannter Fabrikate, z.T. Marke Eigenbau, wird uns berichtet. Die alten Häuser, klein und eng, in der traditionellen Bauweise, dann die, die in den „goldenen“ Zeiten zum Ende des kommunistischen Regimes unter Gierek entstanden sind. Da geraten alle ins Schwärmen, die Landwirtschaft wurde massiv subventioniert, ein Bauer mit 8 ha verdiente achtmal soviel wie ein Wissenschaftler! Und dann die Rohbauten, die wir überall vorfinden, gebaut mit dem Geld, das im westlichen Ausland erarbeitet wurde. Weiter geht's erst, wenn wieder neues Geld verdient wurde.

Sorge um Zukunft

Langsam beginnt der Schnee, die Landschaft zuzudecken. Ende November, das Klima ist rau im Osten Polens, die Arbeitslosenzahlen schnellen hoch bis auf 30 %, strukturschwaches Gebiet. Aus der nahen Ukraine kommen Menschen, um hier zu arbeiten, für 100 Zloty im Monat, kein Pole würde für den Lohn einen Finger krumm machen. „Boomen“ tut Polen nur in den großen Städten und im Westen. Östlich der Weichsel sieht es anders aus. Die Landwirtschaft ist hier die dominierende Größe und die Sorge um

deren Zukunft nach dem EU-Beitritt begegnet uns auf Schritt und Tritt. Die erdrutschartigen Veränderungen in der polnischen Parteienlandschaft bei der Wahl im letzten September sind zu großen Teilen darauf zurückzuführen (siehe Bauernstimme 10/01).

Um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, werden oft mehrere Einkommensquellen kombiniert: Selbstversor-



Ein typisches Haus in den Karpaten

Foto: Bahrmann

gung der Familie mit Lebensmitteln, Erlös aus der Vermarktung, außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern und die – manchmal überlebenswichtige – Rente der Alttenteiler. Dazu kommt das Einkommen, das von vielen Polen in monatelanger Abwesenheit im Ausland erarbeitet wird (man munkelt von Zahlen bis zu 50 % der erwerbstätigen Bevölkerung).

Schwere Vergangenheit

Die Frage „Wohin mit Polens Landwirtschaft“ ist nicht zu beantworten, wenn man sich lediglich auf die Betrachtung dieses Sektors beschränkt. Auch der völlig andere Erfahrungshintergrund der Menschen, der sich aus der Geschichte Polens herleitet, ist wichtig. Das wird schlagartig deutlich, als Pjotr Dabrowsky uns bei einer Diskussion mit polnischen Bauern erklärt: „Wenn Ihr vom Bauernsterben in der EU sprecht, muß ich nach dem Übersetzen immer hinzufügen, dass diese Bauern weder erschossen noch deportiert wurden, sondern sich einfach entschieden haben, etwas anderes zu tun.“

Polen hat in seiner Geschichte unvorstellbare Grausamkeiten erlebt. Anfang des 18. Jahrhunderts verschwand Polen praktisch von der Landkarte. Jeglicher Widerstand wurde verfolgt. Nach dem ersten Weltkrieg wurde Polen zwar Republik, aber schon 1939

teilten Hitler und Stalin Polen unter sich auf. Millionen wurden deportiert und umgebracht. Auch nach dem 2. Weltkrieg, während des stalinistischen Regimes hörte das Morden nicht auf: 500.000 Polen verschwanden oder wurden umgebracht. Und selbst von den 60er Jahren bis 1989 waren es noch einige Dutzend bis Hundert Menschen, genaue Zahlen sind bis heute

nicht bekannt. Mit der Erfahrung „Wer den Kopf aus der Menge steckt, behält ihn nicht lange“ erklären wir uns auch die geringe Motivation der Bauern, sich zu organisieren. Und eine Rolle spielt sicher, dass Polen es zwar als einziges Land unter kommunistischer Herrschaft geschafft hat, sich einer Kollektivierung der Landwirtschaft weitgehend zu widersetzen, dass aber die Selbstorganisation, genauso wie eine Entwicklung in der privaten Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr möglich war.

Manche wachsen

Dass einige diese Entwicklung im Sturmschritt nachgeholt haben, wird uns bei der Besichtigung der Molkerei in Wegrow deutlich. Die Molkerei, kurz vor der Pleite, wurde durch eine holländische Unternehmensgruppe aufgekauft und begann sofort mit einem Beratungs- und Qualitätsmanagementprogramm für Landwirte. Neben dem Grundpreis gibt es ein Prämiensystem für Milchqualität und -menge. Die sieben anwesenden Bauern erklären, dass sie inzwischen Kuhzahl und Milchmenge erheblich gesteigert haben (bis zu 8000 l/Kuh) und auch mehr Land bewirtschaften als vorher. Der EU-Beitritt macht ihnen keine Angst. Sie fühlen sich fit, genauso wie der Leiter eines ehemaligen Staatsgutes von 1.300 ha, der mit uns am nächsten Morgen frühstückt. Immer auf dem letzten

Stand der Technik, mit 20 Angestellten, hält er es dennoch für nötig, weiter zu wachsen, um mit modernster Technik rentabel zu bleiben.

Angst vor Ausverkauf

Die Interessenvertretung von Polens Landwirten geschieht durch oder in enger Anlehnung an die politischen Parteien. Und auch hier ist Skepsis gegenüber der EU-Agrarpolitik spürbar. Unsere Gesprächspartner der populistischen Partei Samoobrona (Selbstverteidigung) sprechen sich offen dagegen aus, und Vertreter der Regierungsparteien, darunter die Bauernpartei, betonen, die Bauern seien beunruhigt, weil man ihnen sagt, dass der freie Markt zukünftig seine Rolle spielen wird. Allerdings sei kaum eine Landwirtschaft so sehr dem freien Markt ausgeliefert, wie die polnische. Untersuchungen belegen, dass die öffentliche Förderung in den USA, Kanada und der EU deutlich höher sei als in Polen. Dies sei ein Widerspruch. Die Polen befürchten auch massive Landaufkäufe vor allem durch Deutsche und Holländer. Übergangsfristen von drei Jahren, noch im November von der polnischen Regierung in Brüssel vorgeschlagen, mußten nach massiven Protesten, vor allem von Seiten der Bauernpartei und der rechten Opposition, wieder zurückgenommen werden. Die polnische Regierung schlägt jetzt Fristen von 7 statt 3 Jahren für einige Regionen Polens vor.

Die Confédération Paysanne macht in diesen Gesprächen immer wieder deutlich, dass der Erhalt kleinbäuerlicher Betriebe Priorität für sie hat, dass deshalb eine Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik nötig ist. Beim Besuch der französischen Botschaft in Polen kommt es zu temperamentvollen Diskussionen um dieses Thema, das Patrice Douix, französischer Bauer, mit den Worten beschließt: „Jeder handelt aufgrund der Erfahrungen, die er im Leben gemacht hat. Wir, die wir das Land bebauen, haben andere Erfahrungen als Sie. Ob Verwaltungserfahrung aber ausreicht, um die verschiedenen Auswirkungen der anstehenden Entscheidungen umfassend zu beurteilen, bezweifle ich.“

Eine interessante Reise, eine wunderbare Woche mit vielen schönen Begegnungen. Noch nie habe ich den europäischen Gedanken so lebendig erlebt. Merci, Confédération Paysanne!

Sibylle Bahrmann

Bitte melden! Die AbL sucht Interessierte und Leute mit Kenntnissen über die Beitrittsländer. Kontakt: Sibylle Bahrmann, ☎ 05822-2368, sibyllebahrmann@t-online.de oder Peter Bargfre-

Sonnleitner Dinosaurier des Jahres

Der Naturschutzbund NABU hat den DBV-Präsidenten mit dem „Dinosaurier des Jahres 2001“ ausgezeichnet. Sonnleitner erhielt Deutschlands peinlichsten Umweltpreis für seine konsequente Bremsleistung in Sachen Agrarwende verliehen. Mit der aus Zinn gegossenen, 2,6 Kilo schweren Nachbildung eines Dinosauriers ehrt der NABU Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich sowohl durch herausragende Einzelleistungen als auch durch die Summe ihres Gesamtwerkes in Sachen Umweltschutz als besonders antequiert erwiesen haben. Sonnleitners Vorgänger war im Jahr 2000 der Präsident des Ölkonzerns Exxon. *we*

Danke, Astrid Lindgren!

„Bullerbü“ – Deine wunderschönen Erinnerungen an das Kinderleben auf einem Pächterhof zeigen uns, was ein Leben auf dem Lande so kostbar machen kann. „Meine Kuh will auch Spaß haben“ – mit deutlichen Artikeln wie diesem hast Du Deinen erfolgreichen Einsatz für eine artgerechte Haltung von Tieren unterstrichen und uns Bauern unterstützt. „Pippi Langstrumpf“ – sie ermutigt unsere Kinder zum kühnen Denken und Träumen. Und wie Pippi ihr Pferd in die Luft werfen kann – so können und werden auch wir das scheinbar Unmögliche schaffen: Bauernhöfe und Dörfer erhalten und entwickeln – die werden vielleicht nicht ganz mehr so sein können wie Bullerbü, aber hoffentlich genau so lebens- und lebenswert. Das wird Dir sicher Freude machen, da oben. *en*

„BayWa-Lied“ eingestampft

Das den Düngemittelkonzern BayWa ironisierende Lied der bayerischen Kabarettisten „Biermösel Blosn“ auf den Refrain der Bayernhymne gedichtet darf nicht in einem Schulbuch der 8. Klasse abgedruckt werden. Bereits fertige Exemplare ließen die CSU-Landesväter wieder einstampfen. Obwohl schon 20 Jahre alt, hat der Refrain offensichtlich nicht an Biss verloren. Dort heisst es: „Gott mit dir, du Land der Baywa, deutscher Dünger aus Phosphat. Über deinen weiten Fluren liegt Chemie von früh bis spaat. Und so wachsen deine Rüben, so ernährst du die Sau. Herrgott, bleib dahoam im Himmi, mir hom Nitrophoskablaue“. Ohne Zweifel ist dieses subversive Liedgut in Zeiten von Agrarwenden den zarten Gemütern bayerischer Achtklässler nicht zuzumuten. *we*

Denkschrift für neue Agrarforschung

Die Umgestaltung der Landwirtschaft hin zu einer naturgerechten, nachhaltigen Landnutzung lässt sich nur durch entsprechende Forschung verwirklichen. So der Tenor der vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) herausgegebenen Denkschrift. Statt sektoraler Agrarforschung mit dem Ziel der billigen Nahrungsmittelproduktion soll Ansätzen Vorrang eingeräumt werden, die das Verhältnis Mensch-Natur-Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Der Präsident des BfN Prof. Hartmut Vogtmann fordert, die sträfliche Vernachlässigung der Forschung für eine naturgerechte Landwirtschaft schnellstens durch eine massive Umschichtung der vorhandenen Forschungsmittel abzubauen. Die Denkschrift „Forschung für eine naturgerechte Landwirtschaft“ kann bei der BfN-Pressestelle, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn angefordert werden oder unter www.bfn.de/10/index.htm

Halmverkürzer in Obst und Karotten

Die Lebensmittelüberwachung Baden-Württemberg hat den Einsatz in Deutschland nicht zugelassener Wachstumsregulatoren im Obstbau aufgedeckt. Auch in Karotten aus Italien und Deutschland wurden Rückstände des Getreide-Wachstumsregulators Chlormequat festgestellt. Gegen 120 Obsterzeuger wurden Bußgelder verhängt, weil sie die Pflanzenschutzmittel illegal aus Italien importiert hatten. Laut Stuttgarter Zeitung hat der Bauernverband den Landwirten einen „Bärendienst“ erwiesen, indem er sein Wissen von dem Skandal für sich behielt, um „keine Welle loszutreten“. *en*

Hanf im Aufwind

Neu Anlage zur industriellen Weiterverarbeitung in NRW.

NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn war eigens angereist, um aufs Knöpfchen zu drücken, und läutete damit eine neue Ära in der Hanfaufbereitung ein. Denn die neue Anlage der Firma NafiTech, Tochter des Bielefelder Automobilzulieferers Moeller Group, hat die Technik wesentlich vereinfacht und kann auch Grünhanf aufschließen, während bei herkömmlichen Anlagen noch die Feldröste nötig ist. Karl-Erich Oldemeyer, Vorsitzender der Hanferzeugergemeinschaft in Ostwestfalen-Lippe lobt die „positive, konstruktive Zusammenarbeit“ der Bauern mit der weiterverarbeitenden Industrie. Die 1999 gegründete Erzeugerge-

meinschaft hat inzwischen 70 Mitglieder mit 150 ha Hanf. Doch 2002 sollen es wesentlich mehr werden, betont Oldemeyer und verweist auf die gute Vorfruchtwirkung von Hanf. Die bis zu vier Meter langen Hanfpflanzen brauchen auch keine Pestizide, der Anbau sei daher für Wasserschutzgebiete besonders interessant. Zugelassen ist der Hanfanbau in Deutschland seit 1996. Die Landwirte müssen ihn jedoch anzeigen und dürfen auch nur von der EU zugelassene Sorten anbauen. In Westfalen-Lippe wurde der Hanfanbau seit 1996 zunächst in einem Anbauprojekt des Vereins zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf (Hanfverein s. S. 23) koordiniert. Daraus ging dann die Erzeugergemeinschaft hervor, die den Vertragsanbau mit der Firma NafiTech organisiert.

Probleme bereiten den Hanferzeugern starre bürokratische Vorgaben. So erfolgte die Freigabe der Ernte durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung im Jahr 2001 in Westfalen-Lippe erst am 20. August. Dieser Zeitpunkt erscheint den Praktikern zu spät. Etwa 40 % der Ernte konnte als Grünhanf eingefahren werden, der Rest wurde als gerösteter Hanf im Oktober geborgen. In Einzelfällen war aufgrund der Witterung auch keine Beerntung möglich. Doch hier zeichnen sich dank der intensiven Bemühungen des Hanfvereins Verbesserungen ab für 2002, so Karl-Erich Oldemeyer, .

Im Anschluss an die Einweihungsfeier der Anlage fand der jährliche Hanftag mit Fachvorträgen statt, der auf gutes Interesse bei den Landwirten stieß. *we*



Start frei für die neue Anlage zur Hanfaufbereitung in Kalletal (Kreis Lippe). (v.l.): Dr. Hans-Albert Hengesbach (Moeller Group), Friedhelm Beckmann (Nafi Tech), Landwirtschaftskammerpräsident Karl Meise, NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn und Karl-Erich Oldemeyer, Vorsitzender der Hanferzeugergemeinschaft. Foto: Hartmann

Leserbrief

Zum Austritt aus der AbL:

Nach langjähriger Mitgliedschaft sind wir jetzt aus der AbL ausgetreten und möchten in diesem Leserbrief die Gründe nennen.

Vor Jahren haben wir gewarnt, die AbL personell und politisch zu eng an die Grünen Partei zu binden. Der befürchtete Verlust an Kritikfähigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der Agrarpolitik der Regierung ist inzwischen eingetreten. Mehr und mehr wird ausgeblendet, was auch von Rot-Grün gepfuscht, vertuscht und geschönt wird.

An den Beiträgen zur sogenannten „Agrarwende“ lässt sich diese Diagnose gut demonstrieren: Denn die Verlautbarungen der AbL und die Berichte und Kommentare in der Bauernstimme erwecken den Eindruck, dass eine tatsächliche

Agrarwende in vollem Gang sein.

Beispiele: AbL-Heubuch überreicht Künast Dreschflegel zur „Verteidigung der Agrarwende“. W. Reimer (AbL-Vertreter im Ministerium oder Ministeriumsvertreter in der AbL?) berichtet über den „Stand der Agrarwende“, usw.

Hier vor Ort stellen wir hingegen so gut wie keine strukturellen (also echten) Veränderungen fest. Den großmäuligen Künast-Ankündigungen in den „BSE-Monaten“ sind keine sichtbaren Taten gefolgt. Bisher besteht diese Agrarwende hauptsächlich aus medialem Propagandagetöse. Laut Künast sollen Kühe auf der Weide Gras fressen und Wasser trinken und die Kälber die Milch der Mütter bekommen. Genauso ist es auf unserem Hof.

Andere Berufskollegen, vor allem die mit

Leserbrief

Neuland-Richtlinien-Änderung bis zur Großbetriebsförderung

Von der „Arbeitsgruppe Neuland“ vorgeschlagen, vom AbL-Bundsvorstand beschlossen, von der AbL-Mitgliederversammlung (MV) mit einer Vier-Stimmen-Mehrheit abgesegnet!

Was für die Politik gilt, ist auch für die AbL abgewandelt festzustellen: „Nach der MV ist auch vor der MV!“

Der AbL-Bundsvorstand und auch die Mitgliederversammlung 2001 haben Beschlüsse gefasst, die nicht mit dem „Grundgesetz“ der AbL, mit unserer Satzung vereinbar sind, meinen wir!

Bonner und Berliner Beschlüsse von Parlament und Regierung werden erforderlichenfalls von höchsten Gerichten (Bundesverfassungsgericht) daraufhin abgeklopft, ob sie mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sind. Wer überprüft, ob die Vorstands- und/ oder MV-Beschlüsse satzungskonform sind?

Einige Einzelheiten zur genannten Problematik:

- Abstimmungsergebnis in der MV 2001: Für die Neuland- und AbL-Zuwendung zum Großbetrieb stimmten 17 Mitglieder, dagegen waren 13 Mitglieder. Wenn wir von den bei anderen Abstimmungen abgegebenen Stimmen ausgehen, übten 54 (!!!) Mitglieder Stimmenthaltung.

- Welches Tor mit der abgesegneten „Wachstumsförderung“ aufgestoßen wurde, mögen diese Zahlen der jetzt beschlossenen Neuland-Obergrenzen verdeutlichen: 650 Schweinemastplätze (= rund 2000 Mastschweine-Jahresproduktion); 95 Zuchtsauen, 10.000 Legehennen, 400 Mutterschafe. Fast alle Tierarten können nebeneinander gehalten werden!

Auch Nichtlandwirte (Kaufleute, Bäckereien, Futtermittelhersteller, etc.) finden als Erzeuger Platz im Neuland-Programm. Das ist die Wirklichkeit.

In den Neuland-Argumenten heißt es u.a. „was uns von anderen unterscheidet ist die Beschränkung des Programms auf klein- und mittelbäuerliche Betriebe.“ Die AbL macht die „Förderung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“ zur Kernaussage in ihrer Satzung.

Die neuen Obergrenzen haben mit klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, mit sozialen Ansprüchen, wahrhaftig nichts aber auch rein gar nichts mehr zu tun.

Hier wird Glaubwürdigkeit den Interessen weniger geopfert, die Einmaligkeit des Neuland-Programms verlassen. Beide Verbände auf dem Wege zu „Neuland- und AbL-Light“?

Im Landkreis Verden (Niedersachsen) verteilen sich z.B. die Betriebsgrößen wie folgt:

- bis 25 ha LN 41 %
- 25 bis 50 ha LN 18 %
- 50 bis 75 ha LN 18 %
- 75 bis 100 ha LN 10 %
- über 100 ha LN 13 %

Hier würden 87 % aller Betriebe auch noch in die alten Richtlinien des Neuland-Programmes „passen“.

Unser AbL-Arbeitskreissprecher Karl-Heinz Rengsdorf vertritt die Meinung, diese Verteilung der Betriebsgrößenklassen entspräche auch in etwa der Verteilung in weiten Teilen unserer Republik.

Anne-Ev und Willi Dohemann
27330 Brüne

Fortsetzung von Seite 18

größeren Höfen, halten hingegen Bullen in engen Boxen und füttern diese mit Maissilage und industriell hergestelltem Kraftfutter, die Kälber bekommen Milchaustauscher statt Milch.

Nun hat der geschätzte Verbraucher den Eindruck, diese Art der Tiermast werde durch Künast abgeschafft. Die Wirklichkeit aber sieht nach wie vor anders aus: Während wir 300 DM/ha und Jahr für unsere extensive Bewirtschaftung erhalten (weniger als 1,5 GV/ha), bekommt der Berufskollege für sein gespritztes und überdüngtes Maisfeld bis 600 DM/ha und seine tierquälereische Turbomast wird mit knapp 400 DM Schlachtpremie belohnt, weil seine Bullen nach einem Jahr fast soviel wiegen wie unserer nach zwei Jahren. Also nach wie vor massive Bevorzugung der „industriellen Tierproduktion“. Wo

soll da die „Wende“ sein?

..... Anstatt endlich die Energie-, Ressourcen, Zeit- und Nervenfressende Bürokratie durch vereinfachte Regelungen abzubauen, bläht Rot-Grün diese erst richtig auf. (Stallbuch). Wie die Regierung reden auch AbL und Bauernstimme die Verhältnisse schön und blasen ein paar marginale Verbesserungen zur Agrarwende auf. Die ehemals kritische Agraropposition verkümmert zu einer berufsständischen Biobauernlobby.

...Wir denken, dass die AbL als Kraft der Veränderung keine Zukunft mehr hat, denn angekettet an die Grünen wird sie untergehen in deren machtpolitischen Sumpf. Unseren bisherigen Mitgliedsbeitrag überweisen wir deshalb jetzt an Attac.

Lothar Gothe und Meggi Lück
51702 Bergneustadt

2002: Zwei Tage Berlin

Ich sitze im Zug nach Berlin. Die taz titelt: Ein Herz für Otto Normalbauer. Was für ein Tag dieser 11.1.2002. Da wird die AbL, solange wie ich Mitglied bin, erstmalig auf der Titelseite erwähnt und auf Seite Vier schreibt sogar Wiebe Erdmanski-Sasse unter dem Titel „Bauern in Bodenhaltung.“ Was für ein Begriff: „Otto-Normalbauer“. Ich komme ins Grübeln:

Otto-Normalbauer – Otto-Normalverbraucher – Ottoversand – Onkel Otto – und am Ende Normal – Sogar Normalbauer. Hier die Bauern, da die Gesellschaft. Was ist normal, bei wem? Angekommen in Berlin wird sich „dunkel“ angezogen und es geht zum Empfang der CMA. Es ist etwas Kribbeliges in der Berliner Luft. Künast hat am Vorabend das Förderprogramm bäuerliche Landwirtschaft angekündigt. „Wir Bauern müssen zusammenhalten, wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen“ so lauten die Parolen derjenigen, die Angst davor haben, dass es Veränderungen gibt. Der Bauernverband in Westfalen will mit der AbL reden, andere sehen die AbL als Regierungsverband. In jedem Fall wird die Bauernstimme gehört. Zumindest von AbLern an diesem Abend. Draußen schneit es.



... aus Westfalen

Kontinuität bei den Konfessionellen, KLJB und EJL. Messtand aus Messmüll und das provozierende Motto: Landwirtschaft Ciao – Dich Braucht keine Sau! An den selbstgebauten Standelementen wird dem Städter dann aber erklärt, warum man die Landwirtschaft braucht und welche Vorteile eine vielfältige

Landwirtschaft hat. Multifunktionale Landwirtschaft mit nachwachsenden Rohstoffen, mit ökologischem Landbau, mit Landschaftspflege und mit regionalen Dienstleistungsangeboten sind Chancen, die im Rahmen der Podiumsdiskussion der Landjugend erarbeitet werden. „Krise ist oft nur ein Mangel an Fantasie“ ist der Leitsatz, mit dem die Referenten die Diskussion beenden.

Die Grüne Woche als Ausstellung ist nichts für mich. Hallen wie die Blumenhalle, Holland, Frankreich etc. schenke ich mir. Die Grüne Woche für mich ist vor allem Treffpunkt und Gedankenaustausch. Ich quetsche mich durch Niedersachsen und Sachsen, deren Halle ist dieses Jahr zusammen, und gelange zum Erlebnisbauernhof mit Melkroboter und „echten“ Kühen. Dort diskutiert gerade Dr. Oetker mit Herrn Sonnleitner und zwei Bischöfen. Sie erzählen vom Essen über Fertigpizzen und vor allem über die gute alte Zeit. Zwischen zwei Menschenströmen atmet so mancher tief durch, macht Pause, um sich dann wieder in das Gedränge zu begeben.

Berlin 2002. Außerhalb des Messegeländes habe ich den Würstchenstand nicht gefunden, bei dem es Berichten aus Westfalen zu folge die NEULAND-Wurst günstiger geben soll als an der Nachbarbude. Wir haben italienisch gegessen, in Berlin-Friedrichshain. Einem Viertel, das die Sanierung noch vor sich hat. Insgesamt wird mir in einer Stadt wie Berlin klar, was es wert ist, wenn man zu Hause mit dem Auto unterwegs ist, jemanden Bekanntes trifft, einfach die Fenster runterkurbelt und ein kleines Schwätzchen hält.

Im Zug nach Westfalen lese ich dann alles zur K-Frage, die geklärt wurde und die Titel der Zeitungen der nächsten Tage bestimmen soll. Ich bin gespannt, was der Titel „Ein Herz für Otto-Normalbauer“ noch nach sich zieht. Dieser Titel wird uns AbLern in 2002 einiges abverlangen. Fantasievoll ans Werk!!

Ein Bauer (37 Jahre) erzählt ...

Viehbesatzgrenze oder eine ausgeglichene Nährstoffbilanz?

Gekürzter Aufsatz aus dem Kritischen Agrarbericht 2002

Wesentlicher Baustein der Agrarwende ist die Grenze des Tierbesatzes von zwei Großvieheinheiten pro Hektar (2 GV/ha). Nur Betriebe, deren Tierbesatz diese Grenze nicht überschreitet, sollen noch in den Genuss von Ausgleichszahlungen oder Investitionsförderprogrammen kommen. Doch was sagt der Viehbesatz in GV/ha überhaupt aus? Wird mit diesem Instrument sogar die Rückkehr zur bäuerlichen Kreislaufwirtschaft erreicht, dass nämlich der Mist wieder dorthin kommt, wo das Futter herkam?

Die Viehbesatzgrenze, die zunächst ein verblüffend einfaches Instrument zu sein scheint, erweist sich bei genauerer Betrachtung in der Praxis eher als Verwirrspiel. Als Großvieheinheit wird nämlich längst nicht mehr einheitlich ein Tier mit 500 kg Lebendgewicht bezeichnet (oder entsprechend mehrere leichtere Tiere). In beinahe jedem Förderprogramm oder jeder Verordnung findet man in der Zwischenzeit einen eigenen GV-Schlüssel. Kernproblem einer starren GV-Grenze ist aber, dass die Bezugsgröße „Hektar“ kein tauglicher Maßstab für die Umweltgerechtigkeit ist, denn sie berücksichtigt die sehr unterschiedlichen Standort- und Ertragsbedingungen und damit das natürliche Nährstoffumsatzvermögen nicht. So wächst beispielsweise in sehr graswüchsigen Grünlandgebieten wie im Voralpengürtel auf einem Hektar Futter für mehr als zwei Großvieheinheiten, in den angrenzenden Berggebieten oberhalb 800-900 m fallen die Futtererträge aber ab und reichen nur noch für eine gute Großvieheinheit oder weniger. Eine starre Grenze von 2 GV/ha setzt sogar falsche Signale. Während damit in günstigen Lagen die Nutzung der natürlichen Ressourcen begrenzt wird, schafft man in ungünstigen Lagen Anreize zur Haltung von Vieh auf der Basis von zugekauftem Futter. Die Viehbesatzgrenze fragt ja nicht nach der Herkunft des Futters, sondern geht von der maximalen Verträglichkeit an Stickstoff bzw. von anfallendem wirtschaftseigenen Dünger am durchschnittlichen Standort aus. Da die Nährstoffverträglichkeit aber von der



Auf wüchsigen Standorten haben zwei Großvieheinheiten schon mal ihre liebe Not einen Hektar abzuweiden.
Foto: Jäckle

Ertragsfähigkeit des Standortes abhängt, kann eine starre Viehbesatzgrenze die Umweltprobleme nicht lösen.

Hinzu kommt das negative Image einer solchen Grenze: Solange in der klassischen Lehre der Landwirtschaft derjenige als tüchtig gilt, der einen hohen Viehbesatz hat und hohe Leistungen und Erträge erwirtschaftet, kann man den Landwirten deswegen nur schwer einen Vorwurf machen. Noch löst ja das Wort Extensivierung bei der alten Agrarlobby einen Sturm der Empörung aus; es sei denn, man kann mit Beihilfen spekulieren.

Erfahrungen aus dem Grünlandgebiet

Als Bauer und Berater im Schwarzwald hat mich lange Zeit die Frage beschäftigt, warum ausgerechnet diejenigen Betriebe, die nach der klassischen Lehrmeinung als tüchtig gelten, am meisten gegen die Verunkrautung des Grünlandes ankämpfen müssen. Im Zentrum der Problematik steht der stumpfblättrige Ampfer, der mit keiner Bekämpfungsmethode auf die rote Liste zu bringen ist. Heute besiedelt dieser Ampfer große Flächen und mindert Ertrag und Qualität des Futters. Erst nach jahrelangen Diskussionen

mit Fachleuten und Kollegen wurde mir klar, dass der mit dem Streben nach hohem Viehbesatz und hoher Leistung verbundene Kraftfutterzukauf auch ein indirekter Düngerzukauf ist. Damit steigen die Nährstoffgehalte des Bodens, denn nur 10 bis 20% der über das Futter importierten Mengen an Stickstoff, Phosphor und Kali verlassen den Betrieb mit Milch, Fleisch oder Eiern wieder.

Ein Ökobauer im Allgäu hat bei einer Exkursion vor wenigen Jahren auf die Frage, wie er den Ampfer bekämpfe, geantwortet: „Ich habe mit dem Ampfer Frieden geschlossen, denn er zeigt mir, dass ich etwas falsch mache!“ Die direkte Ursache der Verunkrautung mit Ampfer sind nämlich nicht die regelmäßig genannten Bewirtschaftungsfehler, sondern ein überbordender Nährstoffkreislauf, weil der Input ständig über dem Output liegt. Mit dieser Nährstoffanreicherung wird der Grünlandboden immer mürber und lockerer, so dass es zu ständigen Auflockerungen und Schädigungen der Grasnarbe kommt, die dann dem Ampfer wieder neue Aufwuchschancen bieten. Mit der an Entzügen orientierten Düngelehre wird diese Tatsache allerdings verschleiert. Aus der Kreislaufwirtschaft ist ein Teufelskreis entstanden

oder aber ein Musterbeispiel für die Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Diese Beobachtungen gelten für Veredelungsbetriebe in verschärfter Form. Dort tritt der Mais an die Stelle des Ampfers, wenn auch nicht als Unkraut, sondern als Nutzpflanze. Denn Mais kann die größten Nährstoffmengen aller Kulturpflanzen ertragen und umsetzen. Deshalb ist auch der Mais nicht das Problem, sondern der Nährstoffkreislauf mit dem ständigem Überschuss. Nur in Betrieben, die regelmäßig größere Mengen Marktfrüchte verkaufen ist es anders, weil mit Marktfrüchten größere Nährstoffmengen exportiert werden.

Die Nährstoffbilanz als Indikator

Die Erstellung einer Nährstoffbilanz bietet Einblick in die Nährstoffflüsse im Betrieb. Mit der Erstellung von Hoftorbilanzen habe ich viele Erfahrungen gesammelt und konnte damit vielerorts die Ursachen von Problemen offen legen. Was die Düngeverordnung in der Zwischenzeit von jedem Landwirt mit mehr als 10 ha bewirtschafteter Fläche jährlich verlangt, bestätigt eigentlich diese Erfahrungen. Nur liegen einige Probleme im Detail. Zunächst spricht man in der Düngeverordnung nicht von einer Nährstoffbilanz, sondern nur von einem Nährstoffvergleich. Die Düngeverordnung lässt zwei Methoden von Nährstoffvergleichen zu, den Feld-Stall- und den Hoftorvergleich. Beim Feld-Stallvergleich werden die Entzüge der Kulturen und der Anfall an wirtschaftseigenem Dünger auf der Basis von Faustzahlen gegenübergestellt. Während bei Marktfrüchten die Erträge bekannt sind, kommt es im Futterbau und in der Viehhaltung zu relativ groben Schätzungen, weil sowohl die Erträge im Futterbau wie die Rücklieferung aus wirtschaftseigenen Düngern relativ stark variieren.

Dagegen verfolgt die Hoftorbilanz einen ganzheitlichen Ansatz. Wie der Name schon sagt, erfasst sie alles, was das Hoftor passiert, nämlich alle Nährstoffexporte, d.h. den Output der tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse und alle Nährstoffimporte, d.h. den

Input durch zugekaufte Düngemittel, Futtermittel sowie Saatgut und Tiere. Diese Mengen sind über die Buchführung oder über Abrechnungen eindeutig belegbar. Die Hoftorbilanz offenbart nicht nur, ob der Kreislauf der Nährstoffe geschlossen ist, sondern spornt eine Optimierung von Viehbesatz, Futterzukauf und Leistung sowie Einsatz der wirtschafts-eigenen Dünger an. Obwohl die Hoftorbilanz von vielen Wissenschaftlern und Beratern seit Jahren empfohlen wird, dominiert bisher der Feld-Stallvergleich. Das ist nicht verwunderlich, denn nicht nur im sozialistischen System waren Pflanzen- und Tierproduktion getrennt: Auch in unserer Lehre sind sie streng getrennt. Nährstoffvergleiche als Teil der Düngeverordnung gehören somit zum „Sektor Pflanze“ – und dort reicht das Aktionsfeld nur von der Düngung bis zur Ernte. Der bisher praktizierte Feld-Stallvergleich bringt deshalb auch nur eine begrenzte Beurteilung der Umweltgerechtigkeit und hat daher auch kaum mehr Aussagekraft als der Viehbesatz. Dagegen ermöglicht die Hoftorbilanz eine klare und nachvollziehbare Beurteilung der Nährstoffflüsse im Gesamtbetrieb. Selbst das Ergebnis von Standorten mit

unterschiedlichen Ertragsbedingungen ist voll vergleichbar, weil ein Vergleich von Input und Output überall die gleiche Aussage bringt: wird der Nährstoffkreislauf belastet oder wird er ausgehungert, was ja beides nicht im Sinn einer nachhaltigen Landwirtschaft wäre.



Fazit

Mit der aktuell diskutierten starren Viehbesatzgrenze von 2 GV/ha können die Umweltprobleme der Landwirtschaft nur punktuell gemindert werden. Deshalb ist diese Grenze eher Augenwischerei und kann vor allem den unterschiedlichen landwirtschaftlichen Bedingungen nicht gerecht werden. Nur wenn der

Mist wieder dorthin kommt, wo das Futter herkam, werden sich die Umweltprobleme der Landwirtschaft verringern. Eine sinnvolle Lösung wäre die generelle Einführung einer Hoftorbilanz. Sie ist das Instrument, um Pflanzenbau und Tierhaltung wieder im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft zusammenzuführen und wäre somit auch wirksames Mittel die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft zu bremsen.

Siegfried Jäckle, Schwarzwaldbauer und landwirtschaftlicher Berater

Braucht eine Kuh Hörner?

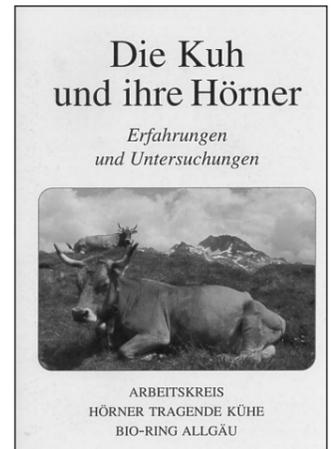
In jedem Kinderbuch, in jedem Touristenprospekt, auf jedem Plakat ist eine Kuh ein Tier mit Hörnern – so wie sie es über Jahrtausende als Haustier auch immer war. Das sich dies innerhalb nur einiger Jahrzehnte grundlegend geändert hat, dass inzwischen regional bis zu 90% aller Kühe enthornt werden, dieser radikale Wandel hat sich ohne viel Aufhebens von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt vollzogen. Wenn viele Bauern dabei tief drinnen noch ein Unbehagen verspüren, so akzeptieren sie die Enthornung doch als einen unter vielen „Sachzwängen“ (Laufstall, Vermarktung) der modernen Landwirtschaft.

Eine Gruppe von Allgäuer Bauern meinte, man dürfte diese Entwicklung nicht einfach so hinnehmen, zumindest nicht ohne sich zuvor über Sinn und Zweck der Hörner unterrichtet zu haben. Sie begründeten 1999 den „Arbeitskreis Hörner tragender Kühe“, luden zu Gedanken- und Erfahrungsaustausch und gaben – da sie völlig fehlten – auch wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag.

Ihre Gedanken und Erfahrungen zur Bedeutung der Hörner, zur Hörnerfrage im Laufstall ebenso wie erste wissenschaftliche Ergebnisse fassten sie in der Broschüre „Die Kuh und ihre Hörner“ zusammen. Das regionale Echo war groß, die ersten wissenschaftlichen Ergebnisse ließen alarmierende Auswirkungen auf den Stoffwechsel der Kuh und selbst auf die Milchqualität befürchten. Die Arbeit wurde fortgeführt, es entstand Heft 2 „Die Kuh braucht ihre Hörner!“

Wieder kommen Allgäuer Bauern, Äpler, Tier- und Humanmediziner zu Wort. So unterschiedlich wie die Autoren sind die Ansätze der einzelnen Beiträge. Beide Hefte sind reich bebildert. Die Hefte sind jedem Landwirt zu empfehlen, der z.B. anlässlich eines Stallbaus vor der Enthornungsfrage steht, aber auch anderen Interessierten.

Dorothea Klemm
AK Hörner tragende Kühe: Die Kuh und ihre Hörner (Heft 1) 28 S., 2,50 € Die Kuh braucht ihre Hörner (Heft 2), 48 S., 3,50 €, zusammen 5,- €, zusätzlich Versandkosten; zu beziehen Bio-Ring-Allgäu, Untere Eicherstr. 3, 87435 Kempten, Fax: 0831-54021317



Die Saat der Bäuerinnen

Bei dem Kampf um die Auskunftsspflicht und dem Recht auf Nachbau scheint auf der Hand zu liegen, dass Züchtung und Anbau von Pflanzen in verschiedene Hände gehören. Doch die Autorin Andrea Heistingering ignoriert den Rat der Experten und macht sich auf die Suche nach Bäuerinnen und ihrem Verständnis, ihren Methoden einer bäuerlichen Pflanzenzüchtung. Gefunden hat sie sie in Südtirol. In ihren Gärten und auf hofnahen Äckern pflegen und hegen die Frauen Futter für die Schweine, Pflanzen für das Auge und bauen Brotklee als Gewürz an. Saatgut selbst zu vermehren und eine Auswahl zu treffen, von welchen Pflanzen es behalten wird, gehört zu ihrem Selbstverständnis der Gartenarbeit. Über das Wissen wie das Saatgut ausgewählt wird, über die Freude verloren geglaubte Sorten und Pflanzenarten wieder anbauen zu können, schreibt Andrea Heistingering genauso wie über die Traditionen mit wem Pflanzen und Stecklinge getauscht werden, wie die Regeln des Tauschens im wechselseitigen Geben und Nehmen organisiert werden.

„Der Garten muss viel auffangen, auch wenn einmal etwas einen bedrückt oder so, wenn man im Garten arbeitet, dann geht es wieder gut,“ erzählt eine Bäuerin, „weil so viele Fluchtmöglichkeiten gibt's auf einem Hof nicht.“

Für eine wissenschaftliche Arbeit ist die Saat der Bäuerinnen gut lesbar, allerdings hätte das Kapitel mit den Aussagen der Südtiroler Bäuerinnen mehr Platz verdient als die zu üppig geratene Einleitung. Das Buch ist eine Schatzkiste für Saatgutinteressierte und Gärtner mit Hang zu eigener Saatgutgewinnung.

Andrea Heistingering: Die Saat der Bäuerinnen. StudienVerlag 2001. 149 S., 20,- €; zu beziehen über den ABL-Verlag



Bestellcoupon für Lesezeiten

Ich bestelle:
 Expl. Der kritische Agrarbericht 2002 für 19,80 € _____ €
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2002
 zum Sonderpreis im Paket: _____ €
 (2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)
 Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €
 Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €
 Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €
 Expl. Bürgernetze statt Subventionen, 17,95 €: _____ €
 außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 2,75 €
 Summe _____ €

Konto-Nr.	BLZ	Bank
Telefon	gegbf. email	
Name	Adresse	
Datum	Unterschrift	

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

Hof und Arbeit

- **Landwirtschaftsmeisterin bietet Betriebshilfe an**, als Krankheits-, Kur-, oder Urlaubsvertretung. ☎ 030-69564931 oder E-mail: chrismenne@yahoo.de
- **Wir suchen zum 1.8.2002 eine/n Auszubildende/n** für unseren landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Verden/Aller, Niedersachsen. Wir bewirtschaften 90 ha Acker- und Grünland, melken 55 Kühe im Boxenlaufstall, ziehen Färsen auf und mästen Bullen. In unserem Herdbuchbetrieb (9.000 Liter Stalldurchschnitt) züchten wir auf Gesundheit und Langlebigkeit. Artgerechte Tierhaltung und eine nachhaltige Wirtschaftsweise kennzeichnen unseren konventionellen Futterbaubetrieb. Wir bieten ein gleichberechtigtes und wertschätzendes Arbeits- und Familienklima. Wilhelm Manke, Luttm, Dorfstraße 25, 27308 Kirchlinteln, ☎ 04231-63048, Fax: -961698, E-mail: wilhelm.manke@t-online.de
- **Welcher nette, vielseitige Milchviehbetrieb kann gute Verstärkung gebrauchen? Junge Familie** (m, 41, Landwirt, ausbildungsberechtigt, w, 34, Gemüsegärtnerin, m, 0,5, lieb) **sucht neuen Wirkungskreis** zum Leben und Arbeiten. Auch Einstieg oder Betriebsgemeinschaft ist denkbar. Klaus Sieckmann, ☎ 04383-420

- **Öko-Betriebe im nördlichen und mittleren Deutschland** für Ausbildung von Praktikanten gesucht. LOGO e.V. vermittelt **osteuropäische Agrarstudenten für Fachpraktika** von Mai bis Oktober 2002. Ausbildungsberechtigung nicht erforderlich, Referenzen auf Wunsch. Informationen unter ☎ 05109-51 66 56, Fax: -51 66 54, mennen@logoev.de, http://www.logoev.de
- **Wir leben in Umbrien**, bewirtschaften einen Biohof und bieten Multireise-Reisen je ca. 9 Tage für Familien an. **Wir suchen 1 bis 2 selbständige Leute**, die uns während unserer Abwesenheit am Hof vertreten können: Tiere versorgen, Muli, Esel, Schafe, Hühner usw., und die mit Problemen wie: Pumpe springt nicht an und die Schafe sind zum Nachbarn, auch fertig werden. Ihr solltet etwa vom März bis November/Dezember bei uns wohnen. Wir bieten: eigenes Häuschen, Strom, Wasser, eigener Garten, ziemlich Sonne und Ruhe mietfrei. Bestens geeignet für z.B. Erziehungsurlaub, Sprachschüler, Schriftsteller usw. Eigenes Fahrzeug notwendig. Ort 5 km weit. ☎ u. Fax: 0039-0758355062, www.mulireisen.it

Tiermarkt

- **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

**Ihr Öko-Saatgut spezialist**

Beste Qualität, Zusatzuntersuchung auf Sporen und Triebkraft, Lieferung frei Haus, lose, in Big Bags und in Säcken (50 kg und 25 kg)

An- und Verkauf von Getreide und Leguminosen aus ökologischem Anbau

Rufen Sie uns einfach an!

Öko-Korn-Nord w.V. (Erzeugerzusammenschluss)
Wulfsoder Weg 5, 21386 Betzendorf
Tel. 0 41 38/51 06-0; FAX 51 06-20

Bayern lädt ein zur Podiumsdiskussion Hat die bäuerliche Landwirtschaft Zukunft?

Donnerstag, 7. Februar 2002, um 19.45 Uhr im Bauernmarkt Dasing mit: Professor Dr. Alois Heißenhuber, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues TU München/Weihenstephan
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, B90/Grüne, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Heidemarie Wright, SPD, Mitglied im Deutschen Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Josef Zengerle, CSU, Mitglied des Landtages, Vorsitzender des Milchwirtschaftlichen Vereins Allgäu-Schwaben e.V.
Anfahrt: A8 Ausfahrt Dasing/B300 Richtung Aichach

Veranstaltungskalender**AbL Frauen****Erfolgreich auftreten und überzeugen**

01. bis 03. Februar 2002, Oberfranken
Unter dem Motto „Wir Frauen stärken uns“ findet zum zweiten Mal ein Frauenseminar statt. Themenschwerpunkte sind: Sich professionell präsentieren Aufbau und Erhalt eines Frauennetzwerkes. Kloster Banz bei Lichtenfels, Anmeldung an: Maria Heubuch, ☎ u. Fax: 07561-5937

Bioland-Milchviehtag

07. Februar 2002, Niedersachsenhof
Perspektiven in Zucht und Haltung. Bioland LV Niedersachsen/Bremen, Eike Sieglerschmidt, ☎ 04262-2306, Fax: -4485

BioFach 2002

14. bis 17. Februar 2002, Nürnberg
Weltfachmesse für Naturkost und Naturwaren. Hier trifft sich die Biowelt. NürnbergMesse, Messezentrum, ☎ 09118606-4909, Fax: -4908, www.bio-fach.de

Regionale Bio-Lebensmittel im Handel

15. Februar 2002, Nürnberg
Workshop auf der BioFach. Anmeldung bis 8.2. erbeten an: NABU, Florian Schöne, ☎ 0228-4036169, Fax: -4036203, Florian.Schoene@NABU.de

Biogasnutzung in der Landwirtschaft

15. und 16. Februar 2002, Aulendorf
Einsteiger-Seminar mit Lehrfahrt Staatl. Lehr- u. Versuchsanstalt Aulendorf, Atzenberger Weg 99, 88329 Aulendorf, ☎ 07525-942-300 bzw. -316, Fax: -333

AbL Baden-Württemberg Agrarwende in Deutschland und der EU

17. Februar 2002, Herrenberg-Gültstein
AbL-Mitgliederversammlung mit Diskussionsveranstaltung:
Agrarwende in Deutschland – Ute Kumpf, Mitglied im Agrarausschuss berichtet aus Berlin, und Agrarwende auch in der EU? – Gerard Choplin, Geschäftsführer der Europäischen Bauernkoordination berichtet über die CPE.
10.00 Beginn Mitgliederversammlung, 11.30 Ute Kumpf, 14.00 Gerard Choplin im Gasthaus Sonne, Taiffinger Str. 17, Herrenberg-Gültstein, ☎ 07032-71381

Färsen- und Ochsenmast

19. Februar 2002, Otterfing
Das Tagesseminar gibt einen Überblick über die aktuelle Vermarktungssituation beim Bio-Rindfleisch sowie Qualitätsanforderungen der Abnehmer.
Bioland Regionalstelle Oberbayern, Dieter Sixt, ☎ 08094-180390, Fax: -180391

Braucht die Rhön eine Agrarwende?

21. Februar 2002, Tann
Das Biosphärenreservat Rhön lädt zur Podiumsdiskussion mit Wolfgang Gutberlet von der Tegut-Gutberlet-Stiftung, Dr. Hubert Beier vom Kreisbauernverband, Frau Bracht von der Verbraucherzentrale Fulda und Helmut Schönberger, Bioland-Gruppensprecher Osthessen.
Beginn: 19.00 Uhr im großen Saal des Bürgerhauses „Rhönhalle“ in Tann

Biogastagung

21. Februar 2002, Haus Düsse
Die Tagung will den Teilnehmern einen Überblick über die Entwicklung von Biogasanlagen geben. Vorgestellt werden zwei Erlasse für Genehmigungsbehörden, an denen in NRW aktuell gearbeitet wird. Netzanschluss und Zündolanteil als Hemmfaktoren werden von juristischer Seite beleuchtet.
Die Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldung bis 20.02. an: LZ Haus Düsse, Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW, 59505 Bad Sassendorf-Ostinghausen, ☎ 02945-9890, Fax: -989133

Ökologische Obstbautagung

22. bis 24. Februar 2002, Weinsberg
Tagung zu den neuesten Forschungsergebnissen im Ökologischen Obstbau. FÖKÖ e.V., Traubenplatz 5, 74189 Weinsberg, ☎ 07134-22460, Fax: -22480, FOEKO@t-online.de

Erneuerbare Energien 2002

22. bis 24. Februar 2002, Böblingen
Fachtagungen und begleitende Ausstellung zur gesamten Palette der regenerativen Energien.
Veranstalter: erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Unter den Linden 15, 72762 Reutlingen, ☎ 07121-30160, Fax: -3016100, www.energie-server.de

AbL Mecklenburg-Vorpommern Welche Agrarpolitik braucht das Land?

23. Februar 2002, Groß Markow
Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu Bundes- und EU-Agrarpolitik und Jörg Gerke zu Agrarpolitik in Mecklenburg-Vorpommern am Scheideweg.
Beginn 9.30 Uhr im Haustierpark Lelkendorf/Groß Markow bei Feterow

AbL Niedersachsen Weizen – Würste – WTO

24. Februar 2002, Verden
AbL-Frühjahrstagung zum Einfluss der WTO-Verhandlungen auf die Landwirtschaft vor Ort mit Tobias Reichert vom Forum Umwelt und Entwicklung. Anschließend Mitgliederversammlung
10.30 bis 13.00 Uhr Tagung, 14.00 bis 16.00 Uhr Mitgliederversammlung in der Gaststätte „Grüner Jäger“ in Verden

Ökologische Schweinehaltung

25. bis 27. Februar 2002, Altenkirchen
Das Seminar richtet sich an Neueinsteiger. Information und Anmeldung: BAG eJ, Ute Rönnebeck, Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-46, Fax: -70206, info@lja.de

Artgerechte Geflügelhaltung

03. bis 05. März 2002, Creglingen
Schwerpunkt Hühnerhaltung
Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Bioland-Geflügelseminar

04. bis 06. März 2002, Schweiz
Das 6. internationale Bioland-Geflügelseminar wird diesmal in Zusammenarbeit mit BioSuisse durchgeführt und findet in der Schweiz statt. Behandelt werden die Themenblöcke: Fütterung, Gesundheitsvorsorge und Marktpartnerschaft. Exkursionen führen zu mobilen Stallsystemen. Gründung einer Drehscheibe für Wissenstransfer für alternative Tiermedizin und Gesundheitsvorsorge bei Geflügel.
Anmeldung bis 08. Februar an Bioland Bundesverband, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz, ☎ 06131-239790, Fax: -2397927, landbau@bioland.de, www.bioland.de

Verkaufstraining für Direktvermarkter

06. März 2002, Schwarzach a. Main
Die Teilnehmer trainieren verschiedene Verkaufsgesprächssituationen und lernen neue Techniken für erfolgreiche Verkaufsgespräche kennen. Mit mehr Sicherheit macht Verkaufen für Sie und Ihre Mitarbeiter mehr Freude.
Anmeldung bei Bioland Regionalstelle Unterfranken, Stefan Rettner, ☎ 09337-980031, Fax: -980032

DirektMarkt

09. bis 11. März 2002, Nürnberg
Die Fachmesse für Direktvermarkter. Nürnberg-Messezentrum, Fachausstellungen Heckmann GmbH, ☎ 0511-990950, Fax: -9909550, www.heckmannmbh.de

Agrarwende in der Nutztierhaltung

18. und 19. März 2002, Berlin
Tierschutz im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie
BUND Bundesgeschäftsstelle, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, ☎ 030-27586-40, Fax: -440, www.bund.net

AbL Regionalgruppe Chiemgau/Inn-Salzach**Bäuerliche Landwirtschaft – unser Zukunftsmodell**

23. und 24. März, Kloster Seon/Chiemgau
Ministerin Künast hat vor kurzem ein Programm für bäuerliche Landwirtschaft angekündigt. Der Kongress soll wesentliche Erkenntnisse liefern und praktikable Möglichkeiten erarbeiten zu den Fragen: Was ist bäuerliche Landwirtschaft, wie kann ich meinen Bauernhof zukunftsfähig machen, wie lassen sich bäuerliche Betriebe sinnvoll fördern sowie zum Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft und Konsequenzen für die bäuerliche Interessenvertretung.
Kontakt: AbL-Bayern

Regionalberatung/Regionalmanagement

März 2002 bis März 2003
Mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-9465-40, Fax: -44, Kursbeschreibung: akademie.kljb.org



Milchtagung im Zeichen der Wende

Montag, 11. März 2002, Beginn 9.30 Uhr, LVHS Hardehausen bei Warburg

Seit zehn Jahren veranstaltet die ABL gemeinsam mit der KLJB und der AG Land- und Regionalentwicklung der Uni Kassel die Milchtagung in der Katholischen Landvolkshochschule Hardehausen.

Folgende Fachbeiträge sind vorgesehen:

Hugo Gödde:

Anmerkungen zum Rindfleischmarkt

Dr. Christian Krutzinna / Franziska Köppl:

Kraftfuttereinsatz im Hinblick auf Leistung und Gesundheit

V. Pastuschenko:

Antioxidative Qualitätseigenschaften der Milch: Einfluss der Fütterung, Haltungsbedingungen, Milchhaltsstoffe und des Bakterienbefalls

Prof. Dr. Alois Heißenhuber:

Die Wirtschaftlichkeit der Milchviehhaltung in kleinen und mittleren Beständen

Rudolf Rantzau:

Die Bürokratisierung der Landwirtschaft – Ursachen und Folgen

Durch die Veranstaltung führen Bettina Hoffmann, Josef Jacobi, Onno Poppinga.

Anmeldungen sind zu richten an:

KLJB, Ute Ackermann, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf, ☎ (02224) 946521, Fax: 946544, u.ackermann@kljb.org

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osteide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/97595
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerath, ☎ 06551/2636, Fax: -985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daïke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis fügen bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname
 Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Freiheit dem Hemdkragen!

Sie steht mitten im Acker. Einem Acker auf dem – das ist in dieser Gegend so üblich – entweder Zuckerrüben, Kartoffeln oder auch mal Weizen oder Gerste wachsen. Eine besondere Schönheit ist sie gerade nicht, das würde man bei einer Feldscheune wohl auch nicht erwarten. Und doch ist sie – zumindest in bäuerlichen Kreisen – fast so etwas wie ein Wahrzeichen in der Region. Architektonisch kann jene Feldscheune zwar dem jüngst von keinem geringeren als Friedensreich Hundertwasser buntbesäulten, dachbegrüntem Bahnhof der nächstgelegenen Kleinstadt nicht mehr das Wasser reichen, inhaltschwerer bleibt sie dennoch. Schließlich ging es nie um den Backsteinbau an sich, sondern immer darum, dass eine Giebelseite das bäuerliche Stimmungsbarometer des Landkreises darstellt. Dabei wirkt sich vorteilhaft aus, dass das minimalistisch gehaltene Objekt eben jene Giebelseite einer vielbefahrenen Kreisstraße prompt an einer schnurgeraden Stelle im Streckenverlauf präsentiert. Für Autofahrer ist dies der Ort, um sich während der Zucker-Kampagnen-Monate in der endlosen Rübengespannkolonne ein oder zwei Züge weiter vor zu arbeiten. Und für die Rübengespannfahrer auf dem Weg in die Fabrik kurz vor Hundertwassers Bahnstation ist es eben der Ort, um in Ruhe nachzulesen, wie es gerade um die Landwirtschaft steht. Fairerweise muss man nun hinzufügen, dass jenes Stimmungsbarometer lange Zeit nicht aktualisiert worden war, man könnte fast sagen, es drohte in die Bedeutungslosigkeit abzusinken. Seit letztem Sommer ist die alte Spannung wieder da, man versucht mit zusammengekniffenen Augen bereits in der langgezogenen Linkskurve eini-

ge hundert Meter vorher zu entziffern, was dort aufgesprüht steht. Angefangen hat wohl alles irgendwann Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, als jeder Bauer politisiert und außer-



dem noch etwas wert war in der Gesellschaft. Als also sogar Bauern, die eigentlich praktisch in den Genen schon eine tiefe Abneigung gegenüber jeglicher Farbigkeit an Hauswänden mit sich tragen, über alle Schatten – sogar über den kleinkarierten Oberhemden – sprangen und politische Aussagen an Feldscheunen sprühten. Als ich das erste Mal Augenzeuge dieses agrarpolitischen Situationsberichtes wurde, waren die Zeiten wilder Sprühgefächte, in denen sich nächtlich die Aussagen änderten, allerdings bereits vorbei. Die potenziell am ehesten als Täter oder Täterinnen in Fragen kommenden Jungbauern und Jungbäuerinnen waren den Birkenstocklatschen entstieg und trugen – nach den Holzfällerkaros der Revoluzzer – klein-

karierte und – wie zum Zeichen der halbfreiwilligen Ankettung an ökonomische Zwänge – Oberhemden mit angeknöpftem Kragen. Komplettiert wurde die Uniform durch die dunkelgrüne

„an mir perlt Agrarpolitik ab“-Wachsjacke. Zu dieser Zeit fuhr ich also das erste Mal an jener Feldscheune vorbei und las: „Bauer, Dein Feind ist der Sozialismus.“ Nur wenn man – neugierig wie ich – anhielt, ausstieg und ganz nah ran ging, konnte man noch das längst verblichene „Bauer, Dein Feind ist und bleibt der Kapitalismus“ entziffern. Da war dem Sozialismus gerade vom Kapitalismus der Garaus gemacht worden, es gab fast nur noch Wachsen oder Weichen. Bis BSE wurden die Kragen immer angeknöpft, aber dann kam alles ganz anders. Plötzlich droht eine Agrarwende – nein, nicht mit dem Sozialismus – sondern mit einer Stärkung derer, die der reine Kapitalismus in den nächsten Jahren aus dem Rennen geworfen hätte. Sie droht immerhin so

konkret, dass sich Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner, da er offensichtlich meint, dass er nun nicht mehr genug im Strukturwandel verschwindenden landwirtschaftlichen Betrieben nachtrauern könne, darauf verlegt, die Industrie zu beweinen. 50.000 Arbeitsplätze würden dort verloren gehen, da die Agrarwende die Landwirtschaft in Investitionsdepressionen stürze. Dabei ist laut Bauernverband 2001 im Schnitt mehr Geld auf den Betrieben in die Kasse gekommen als im Jahr zuvor. Renate Künast hat auf der Grünen Woche in Berlin gesagt: „Wer meint, mit Miesepeterei die Lage schlecht reden zu müssen, der verprellt vor allem die Jugend und nimmt der Landwirtschaft die Zukunft!“ An der Feldscheune scheint ihre Botschaft angekommen zu sein, weniger weil nun dort ihr Programm proklamiert wird. Sondern mehr deshalb, weil offensichtlich diejenigen ein bisschen Morgenluft schnupperten, die sich in der Vergangenheit den Hemdkragen nicht bedingungslos anknöpfen mochten. Pünktlich vor der letzten Zucker-Kampagne hat sich nämlich jemand eine Sprühdose besorgt und eine mondlose Nacht abgewartet. „GROSS-Bauer, Dein Feind ist der Sozialismus!“ steht nun dort. Aber man könnte auch lesen: „Klein- und Mittelbauer, wach auf, die Zeit der Resignation ist vorbei!“ Wem das gar zu dürrig ist, die Stimmungslage der Landwirtschaft in einem Satz an einer Feldscheune abzulesen und/oder wer zudem weder ein Zuckerrübenkontingent der Nordzucker AG hat noch über andere triftige Gründe verfügt, um jene nordniedersächsische Kreisstraße regelmäßig zu benutzen, dem wird empfohlen doch einfach die Bauernstimme zu abonnieren. cs

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: Für sprühende Ideen

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
 - Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
 oder FAX 02381 -492221